Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Sonnabend, 19. Juni 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 142

Stahlhelm-Ueberfall auf Arbeiter in Halle

Zahlreiche RFB.-Kameraden verwundet — Schupo schützt Stahlhelmbanditen — Neue Ueberfälle geplant! — SPD.-Arbeiter, Reichsbanner, heraus zum gemeinsamen Protest!

Heute abend 1/2 7 Uhr: Massenkundgebung auf dem Roßplatz

Die KPD. und RFB. veranstalteten gestern abend Propagandaumzüge durch die verschiedenen Bezirke der Stadt Halle, die von der Bevölkerung mit beispielloser Begeisterung empfangen wurden. Als ein Propagandaumzug gegen 8 Uhr abends durch die Langestraße zog, wurde er von Stahlhelmautos überfallen. Schwerbewaffnete Stahlhelmbanden schlugen mit Totschlägern, Gummiknüppeln, Dolchen und Schußwaffen auf die völlig unbewaffneten Transparentträger. Außerdem haben sie mit schweren Ziegelsteinen und scharfen Granitsteinen, die ein Gewicht von 10 bis 15 Pfund hatten, mehrere Arbeiter verwundet. In der Produktiv-Genossenschaft wurden 7 RFB.-Kameraden und ein Reichsbannerkamerad, die durch Messerstiche, Dolchstiche und Steinwürfe verletzt wurden, verbunden.

Das Ueberfallkommando hat sich gegenüber der Arbeiterschaft äußerst provokatorisch benommen. Während die Stahlhelmer nach dem feigen Ueberfall mit ihren Autos weiterfahren konnten, wurden mehrere RFB.-Kameraden festgehalten. Auch die Transparente wurden ihnen abgenommen.

Den Auftakt zum Ueberfall der Stahlhelmbanden bildete ein „Probemanöver" in der Kleinen Ulrichstraße, wo die Stahlhelmbanditen auf unsere Genossen Betonschlacken warfen. In bestialischer Weise schlugen sie

zwischen Frauen und Kinder

und warfen sich auf die Straßenpassanten, die ihrer Empörung über das bestialische Treiben der Stahlhelmleute Ausdruck gaben.

Als die RFB.-Leitung dem in der Nähe liegenden Polizeipräsidium die Angaben machte und verschiedene Täter, so den Stahlhelmer Müller, nannte, weigerte sich der wachthabende Polizeioffizier für den Schutz des Propagandaumzugs zu sorgen zu tragen und die Stahlhelmleute verhaften zu lassen.

Ebenso lehnte er ab, gegen die Stahlhelmbanden in der Langestraße einzuschreiten mit der unerhörten Begründung, daß „diese Gegend nicht in seinem Revier läge".

Statt die Stahlhelm-Rowdies zu verhaften, jagte das Ueberfallkommando in den späten Abendstunden vor der Produktiv-Genossenschaft hin und her, und hat die angesammelten Arbeiter in brutalster Weise mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben.

Die Nachricht von dem unerhörten Ueberfall der weißen Banden verbreitete sich schnell durch die Stadt. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine ungeheure Empörung. Eine Anzahl Reichsbannerkameraden, die von den Ereignissen Kenntnis erhielten, teilten den RFB.-Kameraden sofort ihre Bereitschaft mit, den Selbstschutz der Arbeiterschaft gegen den Faschistenterror gemeinsam zu organisieren.

Was bedeutet der Stahlhelmüberfall?

Der Zweck des planmäßigen systematisch organisierten Ueberfalls auf den Propagandaumzug ist selbstverständlich die Einschüchterung der Bevölkerung, um sie von der Abstimmung fernzuhalten. Aehnliche Ueberfälle von Stahlhelmern auf die Agitationstrupps der unbewaffneten roten Kampfkämpfer und mehrfach auch der Reichsbannerleute, wurden in den letzten Tagen aus einer ganzen Reihe von Orten (Eisleben, Hamborn, Weimar, Bremen, Nordhausen usw.) gemeldet. Die Fürstenknechte wissen sehr gut, daß die Lügenpresse der bürgerlichen Presse gegen den Volksentscheid auf die breiten Kreise der Bevölkerung keinen Eindruck macht. Sie versuchen daher mit Messerstichen, Ziegelsteinen und Gummiknüppeln zu „argumentieren".

Kann der Stahlhelmterror die Bevölkerung einschüchtern?

Man soll auf diese Frage nicht mit der schematischen Wendung antworten, daß der Stahlhelmterror keinen einzigen Arbeiter davon abhalten werde, seine Stimme abzugeben. Zweifellos wird das nicht der Fall sein. Zweifellos bedeutet der Faschistenterror für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront auch mehr als monatelange ideologische Auseinandersetzungen. Es ist aber eine unbestreitbare Tatsache, daß kleinbürgerliche Schichten, die bereit sind, für die Enteignung der Fürsten zu stimmen, eingeschüchtert werden können, wenn sie sehen, daß die Polizei- und Regierungsorgane die Anhänger des Volksentscheids gegen den Faschistenterror nicht in Schutz nehmen, daß die monarchistischen Schupooffiziere sich auf die Seite der Stahlhelmbanditen stellen und gegen die Werktätigen in provokatorischer Weise vorgehen.

Die volle Verantwortung für die Folgen der Stahlhelmüberfälle tragen die Polizeiorgane und die ihnen übergeordneten Regierungsorgane.

Herr Regierungspräsident Grützner! Kennen Sie die Bestimmungen des preußischen Innenministeriums über den Schutz der Agitation und der Abstimmung gegen den Terror der Fürstenknechte? Oder meinen Sie, daß diese Bestimmungen für Halle-Merseburg keine Geltung haben? Ist Ihnen der Artikel 107 des Strafgesetzbuches bekannt, wonach der Wahlterror „gesetzlich verboten" ist? Die Arbeiterschaft verlangt klare Antwort von Ihnen. Sie ist nicht gewillt, einfach hinzunehmen, daß die monarchistischen Kampforganisationen das Ergebnis der Abstimmung durch ihre Ueberfälle gefährden.

Gebt ihnen die Antwort!

Wenn die Arbeiterschaft und alle Anhänger des Volksentscheids in heller Empörung über den gestrigen Bandenüberfall die Verhaftung der Täter und die Bestrafung der Helfershelfer der Faschisten fordern, so müssen sie gleichzeitig wissen, daß leere Proteste nichts nützen. Gegen die Ueberfälle der bewaffneten Faschistenbanden in Stadt und Land kann nur der geschlossene und einheitliche Widerstand der gesamten Arbeiterklasse helfen. Wo die Massen auftreten, weichen die monarchistischen Banditen überall feige zurück. Das haben zahlreiche Erfahrungen der letzten Tage genügend bewiesen.

Was ist also zu tun? Die Antwort gaben gestern die Arbeiter in Bitterfeld, wo KPD., SPD. und Gewerkschaftskartell geschlossen aufmarschierten und wo die Stahlhelmer von ihnen in die Flucht gejagt wurden. Auch hier haben die Schupoofiziere die monarchistischen Provokateure in Schutz genommen und griffen die Arbeiterschaft an. (Bericht siehe im Provinzteil.) Aber die Kraft der proletarischen Einheitsfront zeige der ganzen Bevölkerung, daß die Faschisten nur noch mit Polizeihilfe ihre Provokationen fortzusetzen wagen.

Auch in Halle muß das Kampfbündnis der Werktätigen jeden weiteren geplanten Anschlag der Monarchistenbanden unmöglich machen.

Die heutige Massendemonstration gilt für die gesamte Arbeiterschaft als Kampfruf gegen den faschistischen Terror.

Wir erwarten, daß ADGB., SPD. und Reichsbannerleitung den ungeheueren Ernst der Lage in letzter Stunde begreifen und unseren Vorschlag, den Schutz der Abstimmung gemeinsam zu organisieren, nicht unter fadenscheinigen Argumenten ablehnen werden.

An die hallische Arbeiterschaft!

Wie wir nach Redaktionsschluß erfahren, hat der Bezirkssekretär der SPD., Peters, den Vorschlag der KPD. auf gemeinsame Organisierung des Abstimmungsschutzes heute vormittag kategorisch abgelehnt.

SPD.-Arbeiter, Reichsbannerkameraden! Gebt die Antwort auch auf diese unglaubliche Sabotage der proletarischen Einheitsfront! Folgt dem Beispiel von Essen, Gelsenkirchen, Königsberg, Dresden!

Alle heraus zur heutigen Massenkundgebung! Alle heraus zur gemeinsamen Arbeit am 20. Juni!

Auftakt zum Kampf!

Von **Ernst Thälmann**

Am Tage der Abstimmung über das Enteignungsgesetz ist es Pflicht der Kommunistischen Partei, den breiten Massen nochmals die Bedeutung dieses Kampfabschnittes, für die ganze Entwicklung ihres Befreiungskampfes gegen den Kapitalismus ins Gedächtnis zu rufen. Die Kommunisten lehnen die kleinbürgerlich-unmarxistische Deutung der Ursachen und Wurzeln dieser Bewegung ab, die sie losgelöst von den Kämpfen der Klassen, als „verfassungsrechtlichen" Kampf gegen die fürstlichen Räuber allein gewertet wissen will.

Wir gingen in diesen Kampf mit der bewußten Ueberzeugung, daß in seinem Verlauf der Kampf gegen die Fürsten zu einem Kampf gegen die ganze Bourgeoisie werden muß. Unser Leitmotiv war die alte Erfahrung der revolutionären Arbeiterbewegung: daß jeder Kampf der Arbeiterklasse begonnen auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie, zu einem revolutionären werden muß, der den Rahmen der Demokratie sprengt, wenn er die Eigentumsinteressen der Bourgeoisie verletzt, und die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, die Bewegung mit solchen Mitteln der Demokratie, wie Parlament, Verfassung usw. niederzuhalten. Hat die Entwicklung unsere marxistische Betrachtungsweise der Volksentscheidsbewegung gerechtfertigt? Vollkommen. Die Fronten des Kampfes verlaufen jetzt klar und eindeutig: Auf der einen Seite die Arbeiterklasse und Millionen verelendeter Kleinbürger und Kleinbauern, auf der anderen Seite die ganze Bourgeoisie, von den rheinischen Schlotbaronen und ostelbischen Junkern bis zu den liberalen Händlern. Das Kampfobjekt, nicht mehr die Fürstenenteignung allein, sondern alle Fragen des proletarischen Klassenkampfes. Sogar die Sozialdemokratie, die von den Massen in diese Bewegung förmlich hineingepeitscht werden mußte, sieht sich jetzt gezwungen, vor dem Tage der Abstimmung die Zollfrage, der in den nächsten Wochen außerordentliche Bedeutung zukommen wird, in die Bewegung gegen die Fürsten zu werfen. Freilich nicht aus selbstständigem Willen der Verbreiterung und Vorwärtstreibung des Kampfes, sondern unter dem Druck der Massen. Wir haben diese Entwicklung vorausgesehen und bewußt gefördert. Der Brief Hindenburgs an Loebell war für uns ein zwangsläufiges Ergebnis der Klassenscheidung, die die Bewegung zur Folge haben mußte.

Die Bewegung verläuft noch im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, aber von seiten der Bourgeoisie sind alle Vorbereitungen getroffen, um im Falle des Sieges der auf dem Boden der Demokratie begonnenen Bewegung die deutsche Arbeiterklasse vor die Entscheidung zu stellen, den Willen der Massen im schärfsten außerparlamentarischen Kampf durchzusetzen, oder zu kapitulieren. Drei Tage vor der Abstimmung erklärt Marx:

. . . „Eine entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens bestimmter Staatsbürger in der im Entwurf vorgesehenen Art und Weise widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. . . ."

Ihm sekundiert der badische Demokratenführer Haas:

„Der Volksentscheid mag ausfallen, wie er will, Baden wird zu seinem (den Fürsten d. R.) gegebenen Worte stehen müssen."

Das heißt, der Volksentscheid mag ausfallen, wie er will, die Bourgeoisie sprengt den Rahmen ihrer eigenen demokratischen Verfassung und setzt an ihre Stelle brutal und unverhohlen den rücksichtslosen Kampf des Kapitals gegen die Arbeiter. Diese Lehre, die die deutsche Bourgeoisie neuerdings der deutschen Arbeiterklasse erteilt hat, wird ihre revolutionären Früchte tragen. Die Arbeiter aber, die am 20. Juni zur Wahlurne gehen, müssen dieses im Bewußtsein tun, daß eine neue Etappe des Kampfes beginnt, in der die Bourgeoisie das fadenscheinige Mäntelchen der Demokratie völlig abgeworfen hat, der Arbeiterklasse die eiserne Rüstung ihrer bewaffneten Bürgerkriegsbanden entgegenstarren wird.

Aber damit allein ist die Bedeutung der Fürstenenteignungsbewegung nicht erschöpft. Noch niemals wurden in Deutschland so weite Kreise der im Laufe der Jahre deklassierten und pauperisierten Massen mitten in den Strudel des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0001

Klassenkampfes geworfen. Die kleinbürgerlichen Parteien erzittern unter dem Ansturm ihrer vom Klassenkampf „angesteckten“ Anhänger. Die schäbigen Reste vom politischen Zentralismus, die sich diese Parteien infolge ihrer gegensätzlichen Klassenschichtung noch gestatten konnten, zerstieben unter dem Ansturm der Massen. In der Demokratischen Partei ein wüstes Durcheinander, Anhänger und Gegner der Fürstenenteignung kämpfen in den Spalten derselben Presse gegeneinander. In der Zentrumspartei erweitert sich der Konflikt zwischen den sozialen Interessen der Massen und ihrer religiösen Hörigkeit zum offenen Kampf, der die Mauern dieser so stolzen Partei niederzureißen droht. In seiner Not appelliert der Zentrumsparteivorstand an das bischöfliche Episkopat, das in den leitenden Spalten der „Germania“ seine beschwörenden Formeln über die rebellierenden christlichen Schäflein herabgießt. Aber vergebens. Selbst die jungzentrümlichen Arbeiter, die noch kaum der Fuchtel der kirchlichen Schule entlaufen sind, antworten ihrem Pfaffenvorstand:

„Die von der Reichsparteileitung vorgebrachten Gründe erscheinen demselben als nicht genügend berechtigt, denn es muß annehmen, daß man bei Herausgabe der Parole die vielen Kriegsverletzten, die Hinterbliebenen, Kleinrentner, Sparer und die Massen der Erwerbslosen vollständig vergessen hat. Deshalb ruft das Jungzentrum die gesamte Jugend auf, am 20. Juni ihre Pflicht zu tun und mit Ja zu stimmen.“ (Resolution der Hauptversammlung des Jungzentrums Frankfurt a. M., 17. Juni 1926.)

Diese Rebellion macht auch vor den Toren der extremen Rechtsparteien nicht halt. Ihre Folgen sind noch unabsehbar. Sie werden aber zweifelsohne allen politischen Kämpfen der nächsten Zeit ihren Stempel aufdrücken. Die Bourgeoisie wird bei Andauern der wirtschaftlichen Krise, bei Verschärfung der allgemeinen Not keine Möglichkeit haben, diese Schichten wieder in die kapitalistischen Hürden zurückzujagen. Das bedeutet, daß sie immer mehr und mehr auf die demokratischen Methoden der Ausübung ihrer politischen Macht verzichten und zu den Methoden der faschistischen Diktatur übergehen wird.

Das sind die Perspektiven, die dank der revolutionären Führung dieser Bewegung durch die Kommunistische Partei heute bereits breiten Schichten der Arbeiterklasse deutlich sichtbar sind. Es muß jedoch erkannt werden, daß von der bewußten Erkenntnis der Lage und der Schaffung der Instrumente des Kampfes gegen die von der Bourgeoisie vorgesehene und verbreitete Entwicklung noch ein weiter Weg ist. Tausende von Einheitskomitees sind in den letzten Wochen entstanden. Sie sind noch unzulänglich, sowohl an Zahl als an politischer Aktivität. Noch wenig wurde zur Zusammenfassung der Einheitskomitees in örtlichem und bezirklichem Maßstabe getan. Zu wenig wurde noch die wirtschaftliche Seite des Kampfes, die Fragen der organisierten Abwehr, der Herabsetzung der Löhne, der Erwerbslosenunterstützung und der Arbeitszeit in den Vordergrund gestellt.

Die noch vorhandenen demokratischen Illusionen der Arbeiter und der ihnen folgenden Kleinbürger werden nach dem 20. Juni von der Bourgeoisie erbarmungslos zerstört werden. Die Aufmerksamkeit der Kommunisten, der entscheidende Teil ihrer Arbeitskraft muß sich also der Verwirklichung jener Kampflosungen zuwenden, die als Folge des veränderten Klasseninhaltes der Bewegung jetzt bereits im Vordergrund stehen. Die Kommunisten können auch nach dem 20. Juni nicht vergessen, den Massen einzuprägen, daß die Republik der Marx-Hindenburg dem enthronten Hohenzollern jährlich Millionen Goldmark zahlt, einem arbeitslosen Metallarbeiter hingegen wöchentlich 8 Mark, einer Kriegerwitwe im Höchstfalle 47 Mark monatlich, einem hundertprozentigen Kriegsinvaliden 64 Mark monatlich. Sie werden auch nach dem 20. Juni den Kampf für die Enteignung der Fürsten als einen Teil des großen Kampfes zur Niederwerfung der Kapitalsherrschaft führen. Im Vordergrund ihrer Aufgaben steht jetzt die Zusammenfassung der ganzen revolutionären Kraft der Arbeiterklasse, die sich in dieser Bewegung entfaltet hat, die Zusammenfassung des ganzen sozialen Hasses des verarmten und verelendeten Mittelstandes zu einer einheitlichen, kampfentschlossenen Front unter Führung der Kommunistischen Partei.

Die Losung für den 21. Juni ist: Jedes Einheitskomitee nimmt Stellung zu dem Ergebnis des Volksentscheids! Alle Vorbereitungen zur Zusammenfassung werden getroffen! Alle Losungen des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse, des verelendeten Kleinbürgertums und der verarmten Kleinbauern werden zusammengefaßt in dem Kampfruf:

Es lebe der Kongreß der Werktätigen Deutschlands!

Schwindelmanöver in letzter Stunde

Einheitsfront von unten in Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 19. Juni.

Die Fürstenknechte fühlen selbst von Tag zu Tag, daß sie an Boden verlieren. Eine schamlose Lügenpropaganda, ebenso ihre provokatorischen Drohungen bezwecken nur das Gegenteil. Während die Monarchisten in Sachsen im letzten Augenblick ein Flugblatt herausbringen wollen, das in Form einer amtlichen Bekanntmachung die Wahlbeteiligung für Sachsen als nicht mehr notwendig hinstellen will, planen die Deutschnationalen in Berlin am Sonntag einen Handzettel in ungeheuerlichen Mengen verteilen zu lassen, in dem der Text lautet: „Keinen Pfennig den Fürsten, also „Nein“. Darunter soll in der Abbildung des Stimmzettels statt das „Ja“ das „Nein“ angekreuzt sein. Dadurch will man die Wähler zum Gegenteil ihres wirklichen Willens zum Abstimmen bringen.

Auch der Versuch der Deutschnationalen, durch einen Antrag noch vor dem Volksentscheid wieder einmal die Inflationsopfer zu unterstützen, findet keinen Boden. Bei der Hausagitation konnten unsere Genossen feststellen, daß viele von reaktionärer Seite erklärten: sie würden selbstverständlich mit „Ja“ stimmen und nichts auf das Geschreibsel ihrer bürgerlichen Zeitung geben. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, haben sich viele bisher deutschnationale Wähler Stimmscheine verschafft und wollen anderwärts, wo sie nicht dem Terror ihrer Gesinnungsfreunde ausgesetzt sind, abstimmen.

In Charlottenburg fand gestern abend eine machtvolle gemeinsame Demonstration statt von SPD., Reichsbanner, KPD. und RFB. Heute abend soll wiederum eine gemeinsame Demonstration von SPD. und KPD. in Charlottenburg stattfinden. Gestern abend versuchten Faschisten Reichsbannerleute niederzuschlagen.

Die Polizei wendete sich gegen die Reichsbannerleute und stützte die Völkischen. Ein Reichsbannermann wurde verhaftet, verschiedene niedergeschlagen. Die zu Hilfe eilenden RFB.-Kameraden wurden von den Reichsbannerleuten stürmisch begrüßt. Gestern abend fanden in vielen Teilen Berlins sehr stark besuchte Bezirksdemonstrationen statt, außerdem fand noch eine überfüllte Intellektuellen-Versammlung statt.

Die Rentenempfänger Mitteldeutschlands protestieren gegen Hindenburg

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Gau Mitteldeutschland, übermittelt uns folgendes Telegramm:

Herrn Reichspräsident Hindenburg

Berlin.

Im Namen von 10 000 Rentenempfängern Mitteldeutschlands protestieren wir gegen Ihre einseitige Stellungnahme für die ehemaligen Fürsten und erinnern an Ihre Versprechung, „jedem Frontsoldaten sein Eigenheim“. Wir fordern restlose Enteignung sämtlicher Fürsten und Erhöhung sämtlicher Rentenbezüge aller derer, die von der Monarchie in Not und Elend gestoßen wurden.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit
Gau Mitteldeutschland.

Hindenburg hat sich entschieden für die Fürsten — gegen die Opfer des Krieges und der Arbeit. Die Opfer des Krieges und der Arbeit werden sich entscheiden gegen Hindenburg — gegen die Fürsten und werden morgen geschlossen ihr Kreuz ins „Ja“-Feld setzen.

Die Feststellung des Abstimmungsergebnisses

Eine amtliche Tendenzmeldung

(WTB.) Berlin, 18. Juni. Die vorläufigen Ergebnisse des Volksentscheides dürften nach zuverlässigen Mitteilungen an die Presse am Sonntagabend vermutlich von 10½ Uhr an einlaufen und spätestens 1 Uhr abgeschlossen sein. Am Montag werden dann noch Berichtigungen einlaufen, so daß am Dienstag das vorläufige Endergebnis bekanntgegeben werden kann. Nun tritt das Wahlprüfungsverfahren ein, dessen Arbeit mindestens zwei Monate in Anspruch nehmen wird, denn wir haben 68 000 Stimmbezirke. Die Prüfung wird darum schwierig werden, weil an einzelnen Stellen Parolen ausgegeben worden sind, keine oder zerrissene oder unbeschriebene Zettel in die Umschläge zu stecken. Mitte August tritt das Wahlprüfungsgericht zusammen, in ihm sind die großen Reichstagsfraktionen vertreten (Sozialdemokraten Wittmann, Deutschnationale Lohmann, Deutsche Volkspartei Kahl, von den Kommunisten Torkler, vom Zentrum Schulte, bisher Vorsitzender, von den Demokraten Brodauf) und vier Reichsgerichtsräte. Das endgültige Resultat wird vom Reichsminister des Innern im „Reichsanzeiger“ bekanntgegeben. Sollte daraufhin eine Reichstagsauflösung in Frage kommen, so wäre aus äußeren Gründen (Ernte) der August nicht zu einer Neuwahl geeignet, für welche frühestens die zweite Hälfte des September in Frage käme. Die Kosten für Volksbegehren und Volksentscheid trägt das Reich. Auch den Gemeinden werden von ihren Auslagen vier Fünftel erstattet. Vom Reichstag sind vorläufig dafür 3,7 Millionen Mark angefordert und bewilligt worden. Die Kosten dürften etwas darunter bleiben.

Deutschnationale Demagogie

Berlin, 18. Juni.

Im Reichstag ist folgender deutschnationaler Antrag eingegangen: Die Reichsregierung wird aufgefordert, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher unter Aufhebung der Fürsorgeverordnung und entsprechender Aenderung des Finanzausgleichsgesetzes den durch die Inflation um ihr Vermögen gebrachten Rentnern eine angemessene Versorgung reichsgesetzlich gewährleistet.

Die Angst vor dem Volksentscheid, diese Abrechnung nicht nur mit den Fürsten, sondern auch mit den Räubern der kleinen Rentnerexistenzen ist den Deutschnationalen schwer in die Knochen gefahren. Einen Tag vor dem Volksentscheid bringen sie jetzt diesen Antrag ein, der nur zu dem Zweck aufgezogen wird, um noch die betrogenen Rentner und Sparer im letzten Augenblick von der Wahl zurückzuhalten. Niemand wird auf diesen Betrug mehr hereinfallen. Erst recht heißt es, gebt morgen diesen Betrügern und Räubern den Fußtritt. Stimmt mit Ja beim Volksentscheid.

Das Urteil in Bernkastler Winzerprozeß

Trier, 18. Juni.

Im Bernkastler Winzerprozeß wurde heute nacht das Urteil gefällt. 14 Angeklagte wurden freigesprochen, von den übrigen Angeklagten erhielten 13 wegen schweren Landfriedensbruchs Gefängnisstrafen von 6 bis 8 Monaten und zwei wegen Landfriedensbruchs Gefängnisstrafen von je 3 Monaten. 5 der Verurteilten erhielten eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zugebilligt. Die Verurteilten nahmen das Urteil an. In der Begründung erklärt das Gericht, es habe bei dem Strafmaß Milde (!?) walten lassen, da die Angeklagten ursprünglich keine Demonstration gegen den Staat geplant, und ihre Vergehen sich aus einer drückenden Notlage heraus entwickelt hätten. Auch sei berücksichtigt worden, daß die Angeklagten bisher unbescholten waren.

Senatswahl in Lübeck

In der heutigen Bürgerschaftssitzung wurde zum hauptamtlichen Senator der Demokrat Eckholt mit 36 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Fraktion der Haus- und Grundbesitzer gewählt. Auf Staatsrat Dr. Lange entfielen 34 Stimmen der bürgerlichen Parteien. Zum nebenamtlichen Senator wurde der bisherige Fraktionsvorsitzende der Fraktion der Haus- und Grundbesitzer, Rechtsanwalt Dr. Geister, mit 35 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten und seiner Fraktion gewählt. Von bürgerlicher Seite war Eschenburg vorgeschlagen worden, auf den 34 Stimmen entfielen Die Kommunisten gaben bei der Abstimmung weiße Stimmzettel ab.

Die Zollwucherer an der Arbeit

Vor mehr als zwei Wochen hat der „Klassenkampf“ schon auf die verbrecherischen Pläne der Großagrarier, die Getreidezölle ab 1. August zu verdoppeln, ausführlich behandelt. Auch seitdem haben wir die werktätige Bevölkerung ständig auf die ungeheure Gefahr des neuen Getreidewuchers und der Verteuerung aller Lebensmittel hingewiesen. Die Einheitsfront der deutschnationalen Großagrarier und der schwerindustriellen Volksparteiler, die scheinbar nur im Zeichen des Volksentscheides geschlossen wurde, ist in Wirklichkeit gleichzeitig und vor allem ein Bündnis der großindustriellen Ausbeuter und der Zollwucherer gegen alle Verbraucher, gegen die Werktätigen.

Gestern hat sich der Reichsernährungsminister, der eher den Titel Reichsaushungerungsminister verdienen würde, Dr. Haslinde, bei Hindenburg die Instruktionen geholt. Die Marx-Regierung, die sich mit Haut und Haaren den Deutschnationalen verschrieben hat, bereitet diesen ungeheuren Schlag gegen die Arbeiterschaft vor. Wird die SPD. auch den neuen Zollraub decken? Oder werden die SPD.-Arbeiter sich aufraffen, bevor es zu spät ist, und das gesamte Hindenburg-Marx-System durch außerparlamentarischen Kampf stürzen?

Eine Eingabe der Gewerkschaften gegen die neuen Zollerhöhungen

Laut „Vorwärts“ haben die vier Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften an die Reichsregierung und den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der das Ersuchen ausgesprochen wird, die bis zum 31. Juli 1926 gesetzlich festgelegten Zollermäßigungen mindestens für weitere vier Monate in Gültigkeit zu lassen, da die höheren Zölle infolge der geschwächten Kaufkraft der besitzlosen Verbrauchermassen eine weitere Belastung der Bevölkerung d[illegible]stellen und unerträglich sein würden.

Diese schwächliche Haltung der Gewerkschaften, die sich lediglich damit begnügen, eine Eingabe an die Regierung zu richten, [illegible] den Zollerhöhungen abzusehen und die bisher geltenden Zollsätze beizubehalten, wird der Regierung keine Kopfschmerzen machen. Abgesehen davon, daß diese Eingabe ein Einverständnis mit den bisherigen Zollsätzen enthält, ist diese Eingabe so zahm geblieben, daß sie lediglich einen formellen Protest darstellt, der nichts enthält, was die Regierung veranlassen könnte, den reaktionären Kurs der Regierung zu ändern.

RFB. und Reichsbanner marschieren zusammen

Zusammenstöße in Weimar

(Eig. Drahtm.) **Weimar**, 19. Juni.

Der Ausschuß zugunsten der Fürsten veranstaltete eine Versammlung, in der der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Marti[illegible] sich gegen den Volksentscheid wandte. Gegen Schluß der Versammlung rückten zwei Trupps roter Frontkämpfer und Reichsbannerleute an, die unter den Versammlungsteilnehmern Flugblätter verteilten. Die anwesenden Faschisten versuchten, gegen die Reichsbannerleute und die roten Frontkämpfer gewalttätig vorzugehen. Die monarchistischen Lieder wurden mit dem Absingen der Internationale von den Reichsbanner- und RFB.-Kameraden beantwortet. Ein großes Polizeiaufgebot der faschistischen Sattle[illegible] Polizei griff in das entstehende Handgemenge zugunsten der Mo[illegible]archisten ein. Es gab mehrere Verletzte.

Der englische Bergarbeiterstreik

(WTB.) London, 19. Juni.

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook soll gestern abend in einer Rede zum Ausdruck gebracht haben, daß die Arbeiter vielleicht durch den Hunger zur Annahme niedrigerer Lohnsätze gezwungen werden könnten, daß sie sich aber selbst durch den Hunger nicht zur Annahme einer längeren Arbeitszeit oder zu bezirksweisen Lohnvereinbarungen zwingen lassen würden.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei

(WTB.) London, 19. Juni.

In Lochgelly (Fifeshire kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen streikenden Bergleuten und Polizei, in deren Verlauf eine Anzahl Personen, darunter auch 2 Polizeibeamte, verletzt wurden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Eine englische Regierungsvorlage über die Achtstunden-Arbeitszeit in den Bergwerken

London, 19. Juni.

Am Montag wird im Unterhaus eine Vorlage eingebracht werden, die eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit in den Bergwerken auf acht Stunden gestattet. Die Regierung beabsichtigt diese Bestimmung für fünf Jahre in Kraft zu setzen. Eine endgültige Entscheidung über diesen Punkt wird aber erst am Montag in einer Sondersitzung des Kabinetts erfolgen.

Politische Randbemerkungen

„Bequemer können Sie es nicht haben, als wenn Sie am Sonntag zu Hause bleiben.“ Das ist die Parole der „Allgemeinen Zeitung“ von gestern, um die Gleichgültigen von der Wahlurne fernzuhalten. Die Bequemlichkeit hat die Sparer um ihre Ersparnisse gebracht, läßt die Kleinbauern unerhörte Steuern zahlen, nimmt den Arbeitern die karge Lebensexistenz weg, kürzt den Beamten der unteren Besoldungsgruppen die Gehälter — kurz, macht die Armen ärmer, die Reichen reicher. **Weg mit der Bequemlichkeit!** Nicht nur morgen alles darangesetzt, daß Du und alle Deine Bekannten zur Wahlurne gehen, um den Raubzug der Fürsten abzuwehren: jederzeit gilt es auf dem Posten zu sein gegen die, die Deine Bequemlichkeit ausnutzen wollen, um Dich schamlos zu betrügen.

„Terror dem Terror“, das ist die Parole, die die „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber dem faschistischen Terror der Fürstenlakaien herausgibt. An den Leipziger Plakatsäulen prangt folgendes Plakat:

„Große
Kommunistenmusterung
wird uns der 20. Juni bringen.

Wer unsere Staats- und Wirtschaftsordnung erhalten will, bleibt zuhause. [illegible] der Abschaffung des Privateigentums vorarbeiten und damit das deutsche [illegible] in schwerere Wirren stürzen will, macht beim Volksentscheid mit.

Diese klare Scheidung hebt das Wahlgeheimnis a[illegible]
Ein jeder, der am 20. Juni zur Wahl geht und dabei in der Wählerliste [illegible]gezeichnet wird, gibt sich als Freund und Helfershelfer der sozialistisch-kommunistischen Internationale zu erkennen. Wen es angeht, der wird [illegible] sich merken.

Auch wir werden Musterung halten.

Der Ausschuß gegen den Volksentscheid.“

Gegen diese Terrormaßnahmen werden die Leipziger Arbeit[illegible] Listen führen, die alle diejenigen umfassen, die sich beim Volksentscheid der Wahl fernhalten werden, um so von seiten der Arbeiterschaft einen Boykott durchzuführen. Das gilt vor allem für die Besitzer der Leipziger Geschäfte, die sich etwa durch die Drohungen der Faschisten abhalten lassen sollten, am 20. Juni zur Wahl zu gehen. Diese Maßnahme der Leipziger Arbeiterschaft [illegible] sehr zu begrüßen. Man möchte nur, daß der „Leipziger Volkszeitung“ auch in revolutionären Zeiten einmal diese Parole entschlüpft wäre: Terro dem Terror. Aber da hieß es immer: [illegible] **keine Gewalt, nur keinen Terror.**

Das Versagen beim Volksentscheid. Die republikanische Studentengruppe hatte nichts Wichtigeres zu tun, als just ein paar Tage vor dem Volksentscheid sich einen Vortrag des bekannten Antibolschewisten Abramowitsch halten zu lassen. Abramowitsch ist einer jener depossedierten Menschewiki, die die gesamte russische Arbeiterschaft ablehnt und die seit Beginn der russischen Revolution in Deutschland von seinem Antibolschewismus lebt. Während die Kommunisten diese letzten Tage und Abende nutzen, um Arbeit für den Volksentscheid zu leisten, hält es die republikanische Studentengruppe für richtig, diese Zeit mit „wissenschaftlichem“ Antibolschewismus zu verbringen, dessen Bruder, der Radauantibolschewismus, gerade in der Fürstenpresse heute wieder die schönsten Blüten treibt.

Papa Schacht gegen sein Söhnchen. Nachdem vor einigen Tagen der Reichsbankpräsident Schacht aus der Demokratischen Partei wegen seiner Haltung zum Volksentscheid ausgetreten ist, läßt heute der Vater Schachts im „Berliner Tageblatt“ erklären, daß er bitte, seinen Namen unter den Aufruf des „Staatsbürgerlichen Ausschusses“ zu setzen, der für den Volksentscheid eintritt. Er schreibt, daß er und seine Frau für die Fürstenenteignung stimmen werden. Bravo, Papa und Mama Schacht!

Wilhelm der Erschütterte. Die „Vossische Zeitung“ gibt in ihrer heutigen Morgennummer ein Interview Wilhelms II. an einen amerikanischen Berichterstatter wieder, in dem Wilhelm der Ausgerissene zum Volksentscheid Stellung nimmt. Aus den [illegible]lichen Lamentationen Wilhelms sei hervorgehoben, daß er der Meinung ist, daß mit der Fürstenenteignung Deutschlands Kredit im Ausland dahin sei. Bezüglich der moralischen, gefühlsmäßigen Seite der Enteignungsfrage sei Wilhelm so tief erschüttert, daß er sich keine Aeußerung zutraue. Im übrigen schimpft er über Raub und Diebstahl und ist der Ansicht, daß, wenn das „durch kluge Sparsamkeit von Generationen von Herrschern erworbene Vermögen unsicher sei“, die Welt aus den Fugen gehen müsse. — Möchte der 20. Juni Wilhelm so tief erschüttern, daß er vor lauter Erschütterung kein Wort mehr herausbringen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0002

Die SPD.-Arbeiter verlangen die Einheitsfront

SPD.-Sekretäre lehnen ab!

(Vom Arbeiterkorrespondenten Sch.)

Je näher der Tag des Volksentscheids heranrückt, um so mehr spitzen sich die Gegensätze zu zwischen den Werktätigen, die die Enteignung der Fürsten ohne Entschädigung fordern und der völkisch-monarchistischen Meute, die dem feigen Fürstengesindel 3 Milliarden zuschanzen will. Nicht nur eine wüste Pressehetze zeigt dies, sondern in letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo die völkischen Raufbolde tätlich gegen die für die Enteignung agitierenden Arbeiter vorgehen. Der Fall Eisleben zeigt blitzartig die gespannte Situation auf.

Aber nicht genug damit.

Innerhalb der völkisch-nationalistischen Organisationen und ihren Kampfverbänden wird in letzter Zeit ein aktiver Kampf gegen den Volksentscheid organisiert. Durch vertrauliche Mitteilungen von Angehörigen dieser Verbände gelang es uns zu erfahren, welche Maßnahmen geplant sind, einen Erfolg des Volksentscheids zunichte zu machen.

Es wird von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß die völkischen Banditen planen, in den ländlichen Bezirken und Ortschaften Ueberfälle auf die Wahllokale durchzuführen, um das Wahlresultat zu zerstören. Systematisch werden zu diesem Zwecke Stoßtrupps organisiert und auf die Ortschaften verteilt. Es steht außer jedem Zweifel, daß ein solches Vorgehen nicht nur bezirklich aufgezogen wird, sondern man muß bestimmt damit rechnen, daß Gleiches im Großmaßstabe geplant wird.

Aber sie gehen noch weiter!

Für den Fall, daß der Volksentscheid günstig ausfallen sollte, sind jetzt schon positive Anzeichen für eine gewaltsame Aktion vorhanden, die eine Durchführung des Gesetzes unmöglich machen soll und einen Umsturz mit dem Ziel der Errichtung einer völkisch-faschistischen Diktatur.

Einem Funktionär einer unserer Ortsgruppen im Zeitzer Kreis gelang es, eine Liste zu Gesicht zu bekommen, worauf die Namen der sozialistischen Gemeindevertreter sowie dieselben von fünf kommunistischen Funktionären verzeichnet waren. Diese Liste zirkulierte zwischen den Führern einer völkischen Organisation.

Was bedeutet das?

Wir behaupten, es ist eine **schwarze Liste**, eine Aufstellung derjenigen Personen, welche beim Losschlagen sofort festgesetzt, vielleicht gekillt werden sollen. **Einen anderen Zweck kann eine solche Aufstellung in den Händen der Völkischen nicht haben. Sie ist die** …ige Vorbereitung zum Arbeitermord.

Die Gefahren für die Arbeiterschaft liegen somit klar und durchsichtig vor uns. Es gibt für die SPD.-Führer keine faule Ausrede mehr, daß die Genossen der KPD. Gespenster sehen, daß das Gerede über die faschistische Gefahr usw. nur leeres Gerede sei.

…t auch die nächsten Aufgaben für die Arbeiterschaft sind damit gezeigt.

Die SPD.-Arbeiter der in Frage kommenden Ortsgruppen Aue, …sdorf, Zangenberg wandten sich **auf Grund dieser Liste an die Genossen der KPD.**, um **gemeinsam** Stellung zu nehmen gegen die Gefahr, die alle Arbeiter bedroht. Dies war der einzig richtige Weg. Er ist geboren aus dem instinktivsten Klassengefühl, daß nur gemeinsames Zusammenstehen uns Kraft und die Gewähr, die Volksentscheidskampagne gesichert durchzuführen und den Umsturzplan beim Versuch zu unterbinden.

In einer vor einigen Tagen stattgefundenen Sitzung, zu der die SPD.-Arbeiter und der SPD.-Parteisekretär Bach, Zeitz, erschienen waren sowie vier Genossen der KPD., erklärten die SPD.-Arbeiter, indem sie die Dinge in klarer, eindeutiger Weise klargestellt hatten, sich sofort bereit, eine Vereinbarung zu treffen, die ein gemeinsames Vorgehen zwischen SPD. und KPD., Reichsbanner und RFB. ermöglicht.

Die Genossen der SPD. erkannten, wie aus ihrem Antrag zu entnehmen war, die Notwendigkeit und Richtigkeit des gemeinsamen Vorgehens an. Der Parteisekretär Bach erklärte: Die von den kommunistischen Genossen aufgezeigten Gefahren bestehen zweifellos. Wir sind davon überzeugt, daß die Faschisten gewaltsame Umsturzpläne vorbereiten. Wir glauben auch, daß ein Zusammengehen der richtige Weg in einer solchen Situation wäre, aber —

die Parteizentrale der SPD., sowie die Bundesleitung des Reichsbanners lehnen grundsätzlich ein Zusammengehen mit Euch ab.

Die anwesenden SPD.-Arbeiter fügten sich widerwillig aus Parteidisziplin diesen Anweisungen ihrer Zentrale. Die kommunistischen Genossen verwiesen auf das Verderbliche einer solchen Haltung, erklärten sich jederzeit, wenn die Schläge der Faschisten die SPD.-Arbeiter zwingen, einen Bruch mit dieser Politik ihrer Zentrale vorzunehmen, zur Herstellung einer Einheitsfront bereit.

Arbeiter der SPD., an Euch ergeht der Mahnruf, mit aller Kraft dafür einzutreten, um diesen verderblichen zersplitternden Standpunkt der SPD.-Führer zu brechen. Es ist geradezu verbrecherisch in der augenblicklichen Situation, wo das Faschistenpack den Volksentscheid zunichte machen will, wo es zum blutigen Umsturz sich vorbereiten will, **die werdende Einheitsfront der Arbeiter zu zerschlagen. An Euch muß es liegen, innerhalb Eurer Mitgliedschaft gegen eine solche arbeiterfeindliche Einstellung Front zu machen. Trotz des Verbots der Parteiinstanzen, mit den Arbeitern der KPD. und aller anderen proletarischen Organisationen gemeinsam zusammenzustehen! Engste Verbindung mit den Erwerbslosen, mit allen proletarischen Organisationen, Organisierung starker zielbewußter Einheitskomitees zum Schutze gegen die Pläne des völkisch-faschistischen Gesindels ist die Forderung des Tages.**

An die Arbeit trotz aller Sabotageversuche!

Fürstenenteignung und Unternehmeroffensive

Die Großkapitalisten von Schacht bis Hugenberg kämpfen gegen die Fürstenenteignung unter der Devise: Das Heiligtum des Privateigentums ist in Gefahr! Sie fürchten, daß die breiten Massen, nachdem sie für die Fürstenenteignung zum Wohle der Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, Sozial- und Kleinrentner sind, auch zu dem Willen kommen könnten, für die Enteignung der Großkapitalisten zu kämpfen, um Produktion und Verteilung nach den Bedürfnissen der breiten Massen — statt wie jetzt nach den Profitinteressen der Großkapitalisten — zu leiten und zu organisieren.

Aber das ist es nicht allein. Sie fürchten auch schon eine Stärkung der Widerstandskraft der Arbeiterklasse gegen Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Erwerbslosenunterstützung usw. Deshalb ist der Kampf der Unternehmer gegen die Fürstenenteignung ein Teil der Unternehmeroffensive zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft muß ihrerseits verstehen, die Bewegung für die Fürstenenteignung auszunutzen zur Stärkung ihrer Front gegen die Unternehmeroffensive.

Die allgemeine Unternehmeroffensive geht uneingeschränkt weiter. Immer neue Vorstöße zum Abbau der Löhne werden gemeldet. In den einzelnen Betrieben treten die Unternehmer und die Antreiber immer frecher und brutaler auf. Das neue Arbeitszeitgesetz, dessen Entwurf jetzt vorliegt, soll weitere Verlängerung der Arbeitszeit bringen. Die Angriffe auf die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe häufen sich. Gleichzeitig geht der Prozeß der Konzentration des Kapitals in Kartellen und Trusts zum Zwecke der Hochhaltung der Preise und zur Verstärkung der Kampfkraft gegen die Arbeiterklasse weiter. Durch die neuen Getreidezölle wird die Teuerung weiter ansteigen. Eine weitere Erhöhung der Mieten ist bereits angekündigt.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sehen dem allen kampflos zu. Zum Kampf gegen die Unternehmeroffensive, wo es sich um einen ernsten Kampf gegen die Kapitalisten handelt, lehnen sie die Einheitsfront ab. Ebenso wie sie beim Volksentscheid nur bei der Stimmzettelabgabe Einheitsfront machen und die Einheitsfront im außerparlamentarischen Kampf (Demonstrationen usw.) ablehnen.

Die Regierung und die Behörden unterstützen die Unternehmeroffensive, handeln entsprechend den Befehlen der Unternehmer, ebenso wie sie den Fürsten helfen.

Angesichts der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit kann die Unternehmeroffensive nur durch das Einsetzen der ganzen Macht des ADGB. zurückgeschlagen werden. Es wäre die Aufgabe des ADGB., daß er, ebenso wie die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände die Unternehmeroffensive zentral leitet, den Abwehrkampf der Gewerkschaften zentral in die Hand nimmt. Es gibt nur einen Weg, um trotz der Wirtschaftskrise der Unternehmeroffensive ein Paroli zu bieten. Das ist die Einsetzung der entscheidenden Industriezweige, deren Funktionieren auch in Zeiten einer Wirtschaftskrise notwendig ist (Eisenbahn, Bergbau, Elektrizitätswerk usw.), zum Kampf gegen die Unternehmeroffensive, getragen von der ganzen Macht des ADGB. und der Solidarität der gesamten Arbeiterklasse. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dagegen erklären, daß nichts zu machen sei und lassen die Arbeiterschaft Schritt für Schritt zurückwerfen.

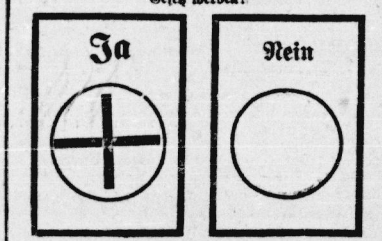
Gestützt auf die Erfolge der proletarischen Einheitsfront im Kampfe für die Fürstenenteignung müssen jetzt die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Gewerkschaften zur Frage eines großen Abwehrkampfes gegen die Unternehmeroffensive Stellung nehmen. Es gilt, die Massen auch für die kämpfende Einheitsfront gegen die Unternehmer zu gewinnen. Stellt durch Beschlüsse in den Betrieben und Gewerkschaften die Gewerkschaftsführer vor die Frage, ob sie den Willen der Massen zur Durchführung eines geschlossenen Abwehrkampfes gegen die Unternehmeroffensive erfüllen wollen. Wo noch keine Einheitskomitees bestehen, müssen sie geschaffen werden. Auch der Kampf gegen die Unternehmeroffensive muß von einer geschlossenen Front der Arbeiterklasse getragen sein. Organisiert überall die geschlossene Kampffront gegen die Unternehmeroffensive!

Du bist für Fürstenenteignung

Deshalb am 20. Juni
ein Kreuz in das
linke Feld, das
gezeichnet ist mit

„Ja“

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?



Die Kapitulation des Professors Lessing

Keine weiteren Vorlesungen nach dem Sommersemester

Das Kultusministerium hat Professor Lessing fallen lassen. Nachdem eine große Anzahl Professoren ein Gutachten ausgearbeitet hatte, nach dem der Lessing-Konflikt gelöst werden sollte, daß Lessing nach dem Sommer-Semester mit seinen Vorlesungen aufhöre und einen staatlichen Forschungsauftrag erhalte, hat der preußische Kultusminister diesem Vorschlag zugestimmt. Lessing war charakterlos genug, diese Lösung, die einen vollkommenen Triumph der Studentenschaft Hannovers darstellt, anzunehmen. Damit hat der Lessing-Konflikt den Ausgang genommen, den wir ihm vorausgesagt hatten. Die reaktionäre Studentenmeute auf allen Universitäten in Deutschland wird diese Entscheidung benutzen, um auf dem Wege wie bisher alle linksgerichteten Universitätsprofessoren von den deutschen Hochschulen auszumerzen.

Die französische Regierungskrise

Herriot übernimmt die Kabinettsbildung

Paris, 18. Juni.

Angesichts der Ablehnung Herriots, in ein von Briand gebildetes Kabinett einzutreten, hat Briand den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgegeben. — Nach mehr als einstündiger Verhandlung mit dem Präsidenten der Republik hat Kammerpräsident Herriot beim Verlassen des Elysée erklärt, daß er die Mission der Kabinettsbildung, die ihm der Präsident der Republik angeboten habe, grundsätzlich annehme.

Neues vom Tage

Das Hochwasser im Neiße- und Odergebiet

Wie der Berliner „Lokalanzeiger“ aus Guben berichtet, hat im Landkreise Guben das Hochwasser gewaltigen Schaden angerichtet. Mehrere Ortschaften sind von jeglichem Verkehr abgeschnitten. Ueberdies macht sich bereits eine große Futternot bemerkbar. Bei dem Dorfe Strega ist gestern abend der Damm gebrochen, infolgedessen mußte das Dorf Pohsen geräumt werden. Die Bewohner kampieren im Walde. Pioniere sind eingesetzt worden. Die Gefahr eines Dammbruches besteht weiter noch bei der Ortschaft Antoniettenruh. Nach dort ist heute Reichswehr aus Frankfurt an der Oder beordert worden.

Das Hochwasser des Bodensees

Konstanz, 18. Juni. Der Konstanzer Pegel zeigt heute mit einem Stand von 5,20 Meter ein Steigen des Hochwassers um fünf Zentimeter an. Das Wasser steht hart am Rande des Stadtgartens. Der Pegel von Steckborn-Schweiz zeigt 5,30 Meter. Das Hollmatinger Ried ist vollständig überschwemmt. Die Dampfschiffahrt auf dem Bodensee gestaltet sich immer schwieriger, da auch die Anlegestellen teilweise vom Wasser überflutet werden. So ist die Landungsbrücke von Unter-Uhldingen schon fast ganz überschwemmt. In Ueberlingen steht die Löwenbrücke unter Wasser und muß gegen das Fortschwemmen geschützt werden.

Notlandung eines Passagierflugzeuges auf der Strecke Paris—Berlin

Ein Farman-Flugzeug, das im Dienste des neueingerichteten Passagierflugverkehrs zwischen Paris und Berlin steht, mußte heute nachmittag infolge Wetternot kurz vor Lüttich landen. Bei der Landung wurde das Flugzeug beschädigt. An hiesiger zuständiger Stelle liegen Meldungen aus Lüttich vor, wonach niemand bei der Notlandung verletzt worden ist.

Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Ein englischer Arbeiterroman von **Robert Tressal**

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

Als er genügend gescheuert hatte, spülte er nach, so gut er konnte, und zum Schluß steckte er die Hand in den Wasserkübel, nahm den Kehrwisch, drückte ihn aus, wischte die gewaschene Stelle …de nach und warf den Kehrwisch in den Eimer zurück. Dann rieb er die erstarrten Finger, um den Blutkreislauf wieder anzuregen. Einen Augenblick guckte er auch noch in die Küche hinein. Dort saß Craß noch immer rauchend am Feuer und röstete einen Bückling an einem langen Stabe. Bert wünschte, er ginge einmal … oder sonstwo hin, damit er sich am Feuer etwas wärmen könnte.

„Die Bücklinge könnte er mich auch machen lassen“, sagte er zu sich und beobachtete Craß boshaft durch den Türspalt. „Das ist keine Arbeit für jeden — an so einem kalten Morgen.“

Er schob den Wasserkübel ein wenig weiter und fuhr in seiner Arbeit fort.

Ein wenig später hörte Craß, der noch immer am Feuer saß, jemand den Korridor entlang kommen. Schuldbewußt fuhr er auf, steckte die Hand mit der Pfeife in die Schürzentasche und ging hinaus in die Spülküche. Er dachte, es könne Jäger sein, der zu den unwahrscheinlichsten Zeiten auftauchte, aber es war nur Easton.

„Ich habe hier ein Stückchen Speck und wollte den jungen Mann bitten, es mir zu rösten“, sagte er, als Craß zurückkam.

„Du kannst es selber machen, wenn Du willst“, sagte Craß liebenswürdig, nachdem er auf die Uhr gesehen hatte. „Es ist nur noch … Minuten bis acht.“

Easton arbeitete nun seit vierzehn Tagen bei Hurtig & Co. und war klug genug gewesen, Craß ein paar Mal zum Trinken einzuladen. So war er bei diesem Herrn gegenwärtig gut angeschrieben.

„Wie kommt Ihr vorwärts?“ fragte Craß, auf die Arbeit anspielend, die Easton und Owen im „Salong“ machten. „Du hast doch nicht mit ihm das Zanken gekriegt?“

„Bewahre, er redet auch nicht viel heute Morgen. Sein Husten ist ziemlich schlimm. Ich komme im allgemeinen auch mit jedem aus, weißt Du“, fügte Easton hinzu.

„Ich in der Regel auch, aber diesem Narren zuzuhören, das macht einen krank. Nach seiner Meinung ist eigentlich alles verkehrt. Den einen Tag ists die Religion, den anderen die Politik, und am dritten was anderes. Ich glaube nicht, daß dieser Herr Owen noch lange hier sein wird. Nimrod kann ihn nicht riechen.“

Easton wollte schon sagen, daß Nimrod anscheinend keinen von ihnen riechen könnte, aber er unterdrückte die Bemerkung und Craß fuhr fort:

„Er hat davon gehört, wie Owen über Politik und Religion und über dies und jenes spricht, und daß die Firma die Arbeit pfuschen soll. Du verstehst, so ein Gerede taugt zu nichts, nicht wahr?“

„Natürlich nicht.“

„Jäger wäre ihn gern schon lange losgeworden, aber er hat ihn nicht eingestellt. Hurtig selbst hat ihn anfangen lassen. Er scheint Muster von seiner Arbeit mitgenommen und dem Alten gezeigt zu haben.“

„Kann er denn da Bilder mit rausstecken?“

„Ja“, sagte Craß verächtlich, „aber für glatte Arbeit taugt er nicht. Er kann so'n bißchen malen und zeichnen — aber das wird ja nicht oft gebraucht, und für glatte Arbeit, da ist Sawkins jeden Tag noch soviel wert wie er!“

„Ja, ich glaube auch“, erwiderte Easton, der sich ziemlich beschämt fühlte über seine Rolle bei dieser Unterhaltung.

„Ach, nebenbei“, fügte er kurz, und froh, dem Gespräch endlich eine andere Wendung geben zu können, hinzu, „weißt Du nicht jemand, der ein Zimmer braucht? Wir haben eines mehr als wir brauchen, und meine Frau dachte, wir könnten es gerade so gut vermieten.“

Craß dachte einen Augenblick nach. „Ich könnte es im Moment nicht sagen“, meinte er zweifelnd. Schleim sprach letzte Woche davon, seine alte Wohnung verlassen zu wollen, aber ich weiß nicht, ob er schon eine neue Stelle hat. Du kannst ihn ja mal fragen. Sonst wüßte ich keinen.“

„Ich werde mit ihm reden“, erwiderte Easton. „Wie spät ist es denn? Es muß doch bald Zeit sein?“

„Ja, gerade acht“, rief Craß, zog die Trillerpfeife und blies darauf, damit die anderen es auch wüßten. — —

„Hat einer Jack Linden gesehen, seit er entlassen wurde“, fragte Harlow während des Frühstücks.

„Ich, Sonnabend“, sagte Schleim.

„Hat er wieder was?“

„Weiß nicht, hatte keine Zeit mit ihm zu reden.“

„Nein, er hat nichts“, bemerkte Philpot. „Ich sah ihn Sonnabend Abend und er hat mir erzählt, er wäre die ganze Zeit vergebens herumgelaufen.“ Philpot erwähnte nicht, daß er Linden einen Schilling „geliehen“ hatte, den er niemals zurückerwartete.

„Er wird sobald nichts wieder finden, er ist zu alt“, meinte Easton.

„Eigentlich kann man es „Elend“ nicht übel nehmen, daß er ihn entlassen hat“, sagte Craß nach einer Weile, „er war zu langsam für ein Begräbnis.“

„Ich möchte wissen, wie flink Du in seinem Alter sein wirst“, meinte Owen.

„Vielleicht will ich dann gar nichts mehr tun“, sagte Craß mit dem Versuch, einen Witz zu machen. „Ich werde von meinen Ersparnissen leben.“

„Für den alten Jack wäre es am besten, er ginge ins Armenhaus“, meinte Harlow.

„Ja, darauf wirds am Ende wohl auch hinauslaufen“, erwiderte Easton sachlich.

„Ein großartiges Ende“, erwiderte Owen, „nach einem Leben voll harter Arbeit wird man am Ende wie ein Verbrecher behandelt.“

„Ich weiß nicht, was Du ‚wie ein Verbrecher behandelt werden‘ nennst“, sagte Craß wütend. „Nach meiner Meinung haben sie da eine verdammt gute Zeit, und wir müssen das Geld dafür aufbringen.“

„Komm um Gottes willen nicht mit weiteren Beweisen“, bat Harlow Owen, „wir haben noch genug von voriger Woche. Du kannst doch schließlich dem Unternehmer auch nicht zumuten, Leute zu beschäftigen, die zu alt zur Arbeit sind.“

Der alte Philpot sagte nichts.

„Natürlich nicht,“ bestätigte Craß. „Uebrigens hat das ewige Kritisieren gar keinen Sinn“, fuhr er fort. „Diese Dinge sind nicht zu ändern. Woher soll denn die Arbeit für alle kommen, bei all den arbeitsparenden Maschinen, die erfunden werden?“

„Selbstverständlich“, sagte Harlow. Leute, die früher eine Arbeit gemacht haben, zu der man jetzt Maschinen benutzt, müssen sich eben was anderes suchen. Manche kommen beispielsweise in unser Gewerbe. Die Folge davon ist: wir sind zu viele und es ist nicht genug Arbeit für alle da.“

„Ja“, rief Craß eifrig, „das ist ganz meine Meinung. Die Maschinen sind die Ursache von der ganzen Armut. Ich habs neulich schon gesagt.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0003

Volkspark

Heute, Sonnabend:
Stiftungsfest
(Verband der Maler und Lackierer)
Morgen, Sonntag:
Ball - Konzert
Bekanntgabe d. Wahlresultate
Gute preiswerte Speisen
Culmbacher Biere
Drei FFF-Bier
Alte Gose 2324

Zoologischer Garten

Sonntag, den 20. Juni, nachm. 4 Uhr:
KONZERT
der Kapelle Frauendorf
Abends 8 Uhr: *2328
KONZERT
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz

Solbad Wittekind

Sonntag, den 20. Juni, früh 7 Uhr und nachmittags 4 Uhr:
KONZERT
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz
Abends 8 Uhr: *2327
KONZERT
der Kapelle Frauendorf

Stadt-Theater

Heute
Sonnabend 8 Uhr
„Der Sturm"
Sonntag 7½ Uhr
Dollarprinzessin
Montag 8 Uhr
Beatrize u. Benedikt
hierauf
Gianni Schicchi

Thalia-Theater

Sonntag, abds. 7½ Uhr
Kameraden
Kom. v. Strindberg

Hosenträger

von 65 Pf. an
M. Winkler
Glauchaerstr. 27

Steinsetzer
stellt ein 2316
Herm. Tiedtke
Wittestraße 4

Möbl. Zimmer z. v.
Bahnh., Lindenstr. 54p.

Ledersohlen
Gummi-Absätze
billig bei
F. Senebald,
Lederhandlung,
Weißenfels,
Klosterstraße 17

Gr. Radrennen im Stadion

am Sonntag, dem 20. Juni, nachm. 2½ Uhr
7 Rennen
darunter ein 2-Stunden-Mannschaftsrennen
nach 6-Tage-Art
188 Nennungen 188 Nennungen
Eintrittspreise: 1. Sitzplatz 1,50 2. Sitzplatz 1,—
2326 Stehplatz 0,50 Kinder die Hälfte

Internationaler genossenschaftlicher Jahrestag

im Juli 1926

Konsumenten aller Länder vereinigt Euch!

Volksgenossen!

Zum vierten Male begeht die organisierte Verbraucherschaft der ganzen Welt die Feier des internat. Genossenschaftstages, der eine gleiche Bedeutung haben soll, wie die Feier des 1. Mai durch das internat. Proletariat. Der internationale Genossenschaftsbund in London hat diesen Tag zu einem internationalen Solidaritätstag mit genossenschaftlich. Demonstrationen bestimmt. Die Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins Halle

Hausfrauen!

und Umgeg. hat beschlossen, diese Kundgebung am **Sonntag, d. 4. Juli** durch einen **Demonstrationsumzug** und durch ein **Genossenschaftsfest** in sämtlichen Räumen des „Volkspark" zu begehen. Das Ortskartell des ADGB., d. Afabund, d. Arbeiterparteien, Sänger, d. Sportkartell sowie weitere Arbeiterkorporationen haben beschlossen, sich wie bereits in den vorhergegangenen Jahren, an dieser Kundgebung zu beteiligen. Die Aufstellung zum Demonstrationsumzug erfolgt mittags 1 Uhr auf dem Johannisplatz.

Volksgenossen! Der internationale Werbetag muß einen weiteren Aufstieg auch dem Allgemeinen Konsumverein Halle und Umgeg. bringen.

Wirkt dafür im Haushalt und auf den Arbeitsstätten und beteiligt Euch recht zahlreich an dieser Kundgebung.

Walhalla

8 Uhr Tel. 8395
Heute, Sonnabend vorletzte, morgen, Sonntag
letzte Aufführung von
Familie Knorke

Montag, den 21. Juni:
Erstmalige Aufführung des nächsten großen Schlagers:
Uebern großen Teich
Volksoperette in 4 Akten von
*2326 A. Phillip mit
Rudolf Mälzer
und
Anna Müller-Linke
Tageskasse ab 11 Uhr ununterbroch.

Wie durch den
Radio-Funk-Spruch
geht es in Halle
von Ohr zu Ohr:
Die Wiener Künstler im
Modernen Theater
muß man gesehen haben!

Wo speise ich gut und billig
im
Volkspark!
Burgstr. 27 Telephon 1107

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 8237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zellengruppe 6. Die Genossen stellen sich den Straßenzellen zur Verfügung.
Zellengruppe 8. Agitationslokal: „Turnerschlößchen", Grünstraße.
Zickerden. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Paul Drescher, Halle.
Trebitz bei Könnern. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Ref. Gen. Frieda Lehmann, Halle.
Könnern. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Paul Schneidewind, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Geddula. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Grünen Hof". Thema: Volksentscheid. Referentin Genossin Rasch, Halle.
Altranstädt. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Badin. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Ernst Pfundt, Halle.
Starsiedel. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gemeindegasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Mücheln. Sonnabend, den 19. Juni, abends 7½ Uhr, Antreten aller Parteigenossinnen und -genossen zum Propagandaumzug durch die Ortschaften der näheren Umgebung von Mücheln. Die Teilnahme aller ist Parteipflicht.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Ziegelroda. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Gröbel. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Eisleben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Goldenen Ring". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Lessig, Eisleben.
Holleben-Beuchlitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, im Gasthof Schubert. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Bowitzki, Passendorf.
Bennstedt. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, im Gasthof Biedermann. Thema: Volksentscheid. Referentin Gen. Aenne Schumann, Halle.
Tilleda. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, im „Deutschen Kaiser". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Schröter, Kelbra.
Kelbra. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sängerhalle". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kroh, Halle.
Roßla. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Riebenstahl, Halle.
Ermsleben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kilian, Halle.
Heiligenthal. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, in Richters Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Wettelrode. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, in der Gemeindeschenke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Otto König, Unterröblingen.
Großleinungen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Ratskeller". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Blaß, Sangerhausen.
Mohrungen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Paul Müller, Eisleben.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zahna. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Ratskeller". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Höcker, Halle.
Pratau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Göricke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Steitz, Halle.
Grožwig. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur guten Quelle". Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Bitterfeld. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Müller, Bitterfeld.
Reinsdorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, in der Obstweinschänke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Schwarzkopf.

Unterbezirk Delitzsch

Zwris. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Jahn, Landsberg.
Löbnitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Baumgürtel, Halle.
Werben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Hermann Gebhardt, Delitzsch.
Zschepplin. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Michaelis, Eilenburg.
Delitzsch. Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Zusammenkunft aller Betriebs- und Straßenzellen zur Verteilung der Arbeiten am Wahlsonntag.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Fichtenberg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Seitz, Elsterwerda.
Großtreben. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Rette, Halle.
Langenreichenbach. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Frohjahn, Torgau.
Richtewitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Bergmann. Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Voigt, Torgau.
Schweinitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Lehmann, Zahna.
Beilrode. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, im „Trompeterschlößchen". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Lüttich, Halle.
Neiden. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kierske, Torgau.
Torgau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Merker, Berlin.
Gorden. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Ratibor. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Naumann, Mühlberg.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Leißling. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Grunert. Thema: Volksentscheid. Referent: Gen. König, Weißenfels.
Streckau. Die Genossen der KPD. sowie des RFB. haben sich am Sonntagfrüh zum Werbeumzug in der Trebnitzer Bahnhofstraße einzufinden. Abmarsch ½6 Uhr.
Techern. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Schröter, Zeitz.
Flemmingen. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Neubert, Naumburg.
Schellsitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kramer, Naumburg.
Freiburg. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, auf dem Marktplatz. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Fickert, Naumburg.
Rippicha. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Naundorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Geißler. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Lucka. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Beuthan, Weißenfels.
Kreischau. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Tögel. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Gladitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Theil. Thema: Volksentscheid. Referent der Unterbezirksleitung ist anwesend.
Weißenfels. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 7 Uhr, auf dem Markt. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Scheibner.
Nebra a. U. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof". Thema: Volksentscheid. Ref. Gen. Plötner, Weißenfels.
Zeitz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, unter freiem Himmel mit vorheriger Demonstration. Thema: Volksentscheid. Referentin Genossin Hedwig Krüger, Halle.
Schkauditz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Raba. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Hoszietz. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends ½8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Droyßig. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Adler". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Meißner, Weißenfels.
Rehmsdorf. Oeffentliche Volksversammlung Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Gerhardt. Thema: Volksentscheid. Referent Gen. Hahnemann, Zeitz.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Massenkundgebung für Amnestie und Volksentscheid
Referentin: Die Frau des Gen. Max Hoelz
Schkeuditz. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im Bahnhofshotel.
Oberröblingen a. S. Sonntag, den 20. Juni, vormittags 11 Uhr.
Teutschenthal. Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr, im „Würdenhof".
Seeben. Sonntag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Glaser.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Montag, den 21. Juni, abends 7 Uhr, im Bureau, Dorotheenstraße 1, Landesausschußsitzung.

Wir vergüten für Spareinlagen
4½% bei täglicher Verfügung *2245
5% gegen einmonatliche Kündigung
7% gegen dreimonatliche Kündigung
Kreissparkasse Bitterfeld
Lindenstraße 7b. Zweigstellen in Düben a. M., Gräfenhainichen, Roitzsch und Zörbig

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon [illegible]

Alle Kameraden beteiligen sich restlos an den am 20. Juni zu erledigenden Arbeiten für den Volksentscheid. Alle anderen Veranstaltungen an diesem Tage fallen aus und werden nicht veröffentlicht.

Aus Anlaß des Gautreffens in Artern haben wir alle Kameraden, welche mit Kraftfahrzeugen, Fahrrädern oder mittels Eisenbahn sich nach Artern begeben, gegen Unfall in der gleichen Höhe wie beim Reichstreffen versichert. Die Versicherungsprämie in Höhe von 35 Pf. ist von jedem Teilnehmer bis spätestens Freitag an die Gauleitung einzusenden.

Untergau Halle-Saalkreis

Am Sonnabend, dem 19. Juni, nehmen alle Kameraden des RFB. und der Roten Jungfront an der Demonstration mit Fackelzug teil. Marschanzug. Antreten wie folgt:
Bezirk 1 (Osten) 7 Uhr abends Hallystraße,
Bezirk 2 (Süden) ½7 Uhr abends Johannisplatz,
Bezirk 3 (Westen) ½7 Uhr abends Weingärten,
Bezirk 4 Norden) ¾7 Uhr abends Wettiner Platz,
Bezirk 5 (Zentrum) ½7 Uhr abends Paradeplatz.
Spielleute bei den Bezirken.
Musikkapelle 7 Uhr abends Hallystraße (Roßplatz).
Jungfront ¾7 Uhr abends Friedrichsplatz.
Beachtet morgen die Anweisungen im lokalen Teil.
Ammendorf. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Jungfront

Am Sonnabend beteiligt sich die gesamte Mitgliedschaft am Fackelzug. Antreten ¾7 Uhr Friedrichsplatz, nicht bei den Bezirken.

Untergau Schkeuditz

Radefeld. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen.
Schkeuditz. Sonntag, den 19. Juni, ½8 Uhr, Propagandafahrt mit Autos für den Volksentscheid. Sammelplatz: Schule. Spielmannszug vollzählig.
Schkeuditz. Sonnabend, den 19. Juni, ½7 Uhr, Abmarsch von der „Weißen Taube" zur Hoelz-Versammlung.

Untergau Merseburg

Querfurt. Sonnabend, den 19. Juni, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Thälmann-Mitgliederversammlung.
Mücheln. Sonntag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus Vollversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr, findet in Unterröblingen eine Untergaukonferenz statt. Sämtliche Ortsgruppen haben Delegierte zu entsenden. Nicht anwesende Ortsgruppen werden zur Rechenschaft gezogen.

Untergau Sangerhausen

Artern. Sonnabend, 19. Juni, abends 8 Uhr, im Goethehaus Mitgliederversammlung.
Artern. Sonntag, 20. Juni, Sammeln ½8 Uhr im Goethehaus zwecks Propaganda für Volksentscheid. Hierzu hat alles zu erscheinen.

Untergau Bitterfeld

Brehna. Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr, Antreten zum Demonstrationsumzug in der „Erholung". Anschließend Pflichtversammlung.
Thalheim. Sonnabend, den 19. Juni, wichtige Mitgliederversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Sonntag, den 20. Juni, früh 6 Uhr, Antreten am Gewerkschaftshaus zum Wecken. Dann Einteilung der Kameraden zu den Werbearbeiten.
Wittenberg. Spielmannszug. Ueben findet jeden Dienstag und Freitag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt.
Wittenberg. Dienstag, den 22. Juni, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Funktionärsitzung.
Wittenberg. Mittwoch, den 23. Juni, Pflichtausmarsch. Antreten abends 7 Uhr am Gewerkschaftshaus.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Sonnabend, den 19. Juni, ½7 Uhr, Antreten der gesamten Ortsgruppe am Rosalskyweg zur gemeinsamen Demonstration.
Weißenfels. Sonntag, den 20. Juni, früh ¾6 Uhr, Antreten zum Wecken und Demonstration am Klingenplatz. Alles hat zu erscheinen.
Weißenfels. Dienstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus große Funktionärsitzung. Nur Funktionäre haben gegen Ausweis Zutritt.

Untergau Zeitz

Zeitz. Sonnabend, den 19. Juni, 6 Uhr abends, Antreten zur Demonstration am Kreishaus, Albrechtstraße.
Zeitz. Sonntag, den 20. Juni, morgens 5 Uhr, Antreten zum Wecken auf dem Schützenplatz. 8½ Uhr vormittags Antreten der gesamten Ortsgruppe zum Generalappell auf dem Schützenplatz. Gruppenführer melden fehlende Kameraden.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Modezeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlung

Besucht die Mitteldeutsche Bäckerei-Fach-Ausstellung

vom 19.—24. Juni auf dem Gelände neben der Saalschloßbrauerei

Die Besucher der Ausstellung haben gleichzeitig unentgeltlichen Zutritt zum Konzert im Ausstellungspark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0004

Letztes Massenaufgebot für den Volksentscheid

Die werktätige Bevölkerung demonstriert heute geschlossen für die Enteignung der Fürsten

Morgen, am 20. Juni, entscheiden die Arbeiter- und Kleinrentnermassen, entscheiden alle übrigen vom Großkapital ausgebeuteten Schichten nicht nur über die **Aufbringung oder Nichtaufbringung der für den Volksentscheid notwendigen Millionen Stimmen.** Sie entscheiden über noch viel mehr! Die Abstimmung über den Volksentscheid wird, Freunden wie Gegnern, zugleich anzeigen, wie stark oder wie schwach die **Einheitsfront der Werktätigen** zum Kampfe gegen alle Unterdrückung und gegen die Provokationen der Arbeiterfeinde sich politisch entwickelt hat; ob damit gerechnet werden kann, auch über den 20. Juni hinaus eine zur Abwehr aller Angriffe entschlossene Front dasteht!

Heute ist der letzte Mobilisierungstag! Alle Kräfte gilt es noch einmal auf die Beine zu bringen. Vor den Besitzlosen stehen die Flugblatt- und Handzettelverteiler, die die Mitbürgerschaften noch einmal aufklären über die Bedeutung der Abstimmung und über ihre Einzeichnung in den „Ja"-Kreis. Durch Transparente und Sprechchor wird die **Massenkundgebung** am Abend angekündigt. Ebenso geht es noch einmal durch alle Häuser und Wohnungen und auf die Höfe, um auch den letzten Appell für den Volksentscheid ergehen zu lassen.

Mächtige Züge müssen es sein, die durch die Städte und Ortschaften marschieren, die die unverschämten Forderungen der Fürsten noch einmal zur Sprache bringen und ihre Unterstützung durch die Junker und Industriebarone sowie durch die so schön geeinigte Regierung Marx-Hindenburg. Aus allen Fenstern sollten den Demonstranten **rote Fahnen** entgegenwehen. Plakate und Transparente — die am Sonntag morgen vielerorts noch einmal aufgefrischt und nachgeklebt werden müssen — beleben das Straßenbild. Spielmannszug des RFB. und die Arbeiterturner ziehen mit, es soll keine Ecke mehr geben, in die nicht der Ruf dringt: **„Keinen Pfennig den Fürsten! Geht morgen zur Abstimmung und zeichnet Euer Kreuz in das „Ja"-Feld!"**

Sonnabend früh ergeht dann der letzte Mahnruf der RFB.-Kameraden, und Abstimmung, Schlepperdienst, Kontrolle der Wahllokale und Sammlung der Resultate setzen ein. **Keiner bleibt zu Hause,** wenn er sich auch noch so elend fühlt! Er weiß ja, wie wichtig die Entscheidung ist, und daß es auch auf ihn ankommt! Wenn in einzelnen **Landorten** Schterigkeiten entstehen, so ist im nächsten **Agitationslokal der Kommunistischen Partei** Auskunft zu erhalten, wie auch in den Städten die Agitationslokalen jederzeit jemand zur Rücksprache zur Verfügung steht.

Morgen abend beginnt die Tätigkeit der **Berichterstatter und Arbeiterkorrespondenten.** Die Wahlresultate, die soziale Zusammensetzung der „Ja"-Stimmer sowie auch der zu Hause Gebliebenen, der Prozentsatz der Wahlberechtigten und tatsächlichen Wähler, eventuell von den Großgrundbesitzern, Vorsteherern, Beisitzern oder faschistischen Organisationen verübte Terrorakte, Erfahrungen beim Schlepperdienst und der Straßenagitation — **alles ist wichtig für den „Klassenkampf".** Am Montag muß die Redaktion nur so überschüttet sein mit Berichten. Und auch die Zeitungsnummern nach dem Volksentscheid, die diese Berichte enthalten, müssen verbreitet werden, ähnlich wie unsere Sonder-Nummern vorher. Nach dem 20. Juni kann es für den Kommunisten keine Siebenschläferei geben! Dann gilt es auch organisatorisch auszuwerten, was die Volksentscheids-Champagne an Aufrüttelung und Fühlungnahme der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land gebracht hat.

Heute letztes Massenaufgebot!

Heraus auf die Straße!

Die Meldung des Abstimmungsergebnisses

Aus einem Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern an die Ober- und Regierungspräsidenten, die Abstimmungsleiter und Landräte, sowie die Stadt- und Landgemeinden, teilt der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mit:

„Bei der großen politischen Bedeutung, die dem Volksentscheid am 20. Juni zukommt, ist es erwünscht, schon das vorläufige Abstimmungsergebnis auf seine verfassungsmäßigen Auswirkungen beurteilen zu können, d. h. vorbehaltlich der endgültigen Zahlen einen Ueberblick zu erhalten, ob der Gesetzentwurf die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten gefunden hat oder nicht. Deshalb soll bei der Uebermittlung des Abstimmungsergebnisses am Abend des Abstimmungstages von den Abstimmungsvorstehern, Gemeindebehörden, unteren Verwaltungsbehörden und Abstimmungsleitern auch die Zahl der Stimmberechtigten gemeldet werden. Hierzu muß ermittelt werden:

1. die Zahl der in der Stimmliste eingetragenen Stimmberechtigten (abzüglich derer, die einen Stimmschein erhalten haben) und
2. die Zahl der Stimmberechtigten, die auf Grund von Stimmscheinen abgestimmt haben.

Beide Zahlen werden in jedem Stimmbezirk vom Abstimmungsvorstand ermittelt und in die Abstimmungsniederschrift eingetragen; ferner sind sie bei der Meldung des Abstimmungsergebnisses mit anzugeben.

Kontrolliert die Abstimmung

Alle Genossen, die Mitglieder des Abstimmungsausschusses oder abends bei der Auszählung der Stimmen im Wahllokal anwesend sind, müssen darauf achten, daß die richtige Zahl der Stimmberechtigten gemeldet wird.

Die Stimmlisten sind fortlaufend numeriert. Bei der Angabe der Anzahl der Stimmberechtigten ist darauf zu achten, daß die aus der Liste gestrichenen nicht mitgezählt werden.

Unser Schlepperdienst am 20. Juni

muß möglichst konkrete Erfolge zeitigen. Dazu gehört:

a) Abstimmung für die Enteignung.
b) Werbung von Abonnenten für die Parteipresse.
c) Verkauf von Litteratur (Broschüre „Keinen Pfennig den Fürsten" 10 Pf., „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung" 20 Pf., „Knüppel" 25 Pf.).
d) Sammlung von Geldern auf Sammellisten, Marken usw.
e) Sammlung von Adressen der Sympathisierenden.

Die Schlepper erhalten also dieses Material und sind verpflichtet, sofort nach Beendigung ihres Dienstes im Agitationslokal Bericht zu erstatten und abzurechnen.

Jeder Schlepper erhält vom Agitationslokal die genauen Straßen und Hausnummern für seine Arbeit zugewiesen.

Der Leiter im Agitationslokal muß die Schlepper entsprechend instruieren.

Generalappell der roten Frontkämpfer

zur Mobilisierung der Massen für den Sieg des Volksentscheids

Sonntag, den 20. Juni:

Früh 6 Uhr:

Mobilisierung der Bevölkerung in allen Abteilungen und Ortsgruppen zum Volksentscheid durch die Spielmannszüge und Musikkapellen des RFB.

Vormittags ½9 Uhr:

Antreten aller Kameraden in den Zug- und Abteilungslokalen zur Einteilung für die Werbearbeiter. — Die Einteilung zur Arbeit für den 20. Juni muß im Einverständnis mit der Kommunistischen Partei und den Einheitskomitees erfolgen.

Die roten Frontkämpfer

mobilisieren die umliegenden Dörfer der Industriestädte für die Abstimmung zum Volksentscheid;
stellen die Mannschaften für die Autopropaganda,
führen die Haus- und Hofpropaganda durch,
stellen die Mannschaften zum Schlepperdienst.

Das Antreten zum Generalappell ist Bundespflicht. Die Mitarbeit am 20. Juni muß im Mitgliedsbuch vom Orts- resp. Abteilungsleiter des RFB. bescheinigt werden.

Die roten Frontkämpfer führen die von der Bundesleitung gegebenen Anweisungen in Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei und den Einheitskomitees durch und verdoppeln ihre Kräfte, um den Sieg des Volksentscheids zu sichern.

Bundesleitung des RFB.
Thälmann. Leow. Ulbrich.

An alle Ortsgruppen!

Sämtliche Ortsgruppenleitungen haben die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß sofort nach Feststellung des Abstimmungsresultates dieses sowie die Zahl der Stimmberechtigten telephonisch an die Redaktion des „Klassenkampf" weitergeleitet wird. Telephonischer Ruruf: Halle 1045, 1047, 1473 und 2251.

Weiter müssen die Ortsgruppenleitungen feststellen:

1. **Die Wahlziffern der letzten Reichstagswahl (Dezember 1924), und zwar einmal die Gesamtstimmenzahl der bürgerlichen Parteien, und zum anderen die Gesamtstimmenzahl der SPD. und KPD.**
2. **Die Wahlziffern des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl und die Gesamtstimmenzahl für Hindenburg, die Gesamtstimmenzahl für Marx und für Thälmann.**
3. **Das Einzeichnungsergebnis des Volksbegehrens.**

Diese Ziffern müssen möglichst gleichzeitig mit dem Ergebnis des Volksentscheids mitgeteilt werden. Daher müssen die Ortsgruppen die Ziffern der vorerwähnten Wahlgänge sofort zusammenstellen. Redaktion des „Klassenkampf".

Agitationslokale für Halle

Süden:

Loest's Hof, Freundlieb, Merseburger Straße
„Dreibund", Dryandersstraße
Köhler, Dieskauer Straße

Osten:

„Braustübl", Freiimfelderstraße
„Gesellschaftshaus", Diemitz
Lohse, Dessauer Straße
„Gemütlicher Fritz", Kleine Brauhausstraße
„Turnerschlößchen", Grünstraße.

Westen:

„Terrasse", Böllberger Weg.
Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße
Kappicka, Mansfelder Straße

Mitte:

„Goldene Kette", Alter Markt
Köppchen, Unterberg
„Schützei", Kleine Ulrichstraße

Norden:

„Volkspark", Burgstraße
„Lindenhof", Cröllwitz
„Reichsadler", Trotha

Amtliche Warnung vor Abstimmungsterror

Vom amtlichen Preußischen Pressedienst wird mitgeteilt:

„Zahlreiche Einzelfälle lassen erkennen, daß mit Mitteln wirtschaftlichen Boykotts, insbesondere der Androhung der Lösung von bestehenden Vertragsverhältnissen oder geschäftlicher Schädigung selbständiger Existenzen, versucht wird, diejenigen Staatsbürger, die gewillt sind, sich an der Abstimmung über den Volksentscheid zu beteiligen, einzuschüchtern und von der Stimmabgabe abzuhalten.

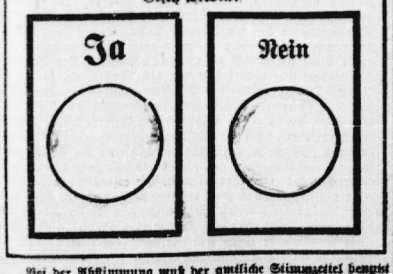
Der Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleistet jedem Deutschen das Recht freier Meinungsäußerung und bestimmt ausdrücklich, daß ihn an diesem Recht kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand ihn benachteiligen darf, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. Ein sehr wesentlicher Fall der Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung ist die **Ausübung des Wahl- oder Abstimmungsrechts.** Die Bestimmung der Reichsverfassung Artikel 118 Abs. 1 Satz 2 ist unmittelbar anwendbares Recht, so daß z. B. kein Richter in einer verfassungsmäßigen freien Meinungsäußerung durch Stimmabgabe einen Entlassungs- oder Kündigungsgrund für ein bestehendes Vertragsverhältnis erblicken kann. Würde ein Vertragsverhältnis gleichwohl daraufhin beende oder sonst ein wirtschaftlicher Nachteil wegen Beteiligung an der Abstimmung bereitet werden, so könnte, da die fragliche Bestimmung der Reichsverfassung ein zum Schutze des Staatsbürgers ergangenes Schutzgesetz bedeutet, ein Schadenersatzanspruch aus § 823 Abs. 1 BGB. gegen den Schädiger geltützt werden."

Rechnet sofort die Sammellisten ab!

Schafft Aufklärung über die Abstimmung

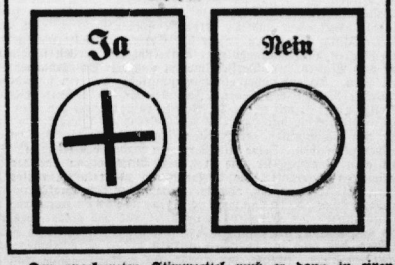
In vielen Briefen werden wir aufgefordert, nochmals hinzuweisen auf die Art der Abstimmung

Jeder Wähler erhält im Wahllokal einen amtlichen Stimmzettel, den wir nachstehend abdrucken:



Bei der Abstimmung muß der amtliche Stimmzettel benutzt werden, da die Stimme sonst ungültig ist.

In den amtlichen Stimmzettel muß der Wähler dann in das „Ja"-Feld ein Kreuz einzeichnen.



Den angekreuzten Stimmzettel muß er dann in einen amtlichen Briefumschlag stecken, den er im Wahllokal erhält und beim Wahlvorsteher abgeben.

Vor jedem Wahllokal müssen am Sonntag von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags Standartenträger mit nachstehendem Plakat stehen und alle Wähler aufklären, daß nur das „Ja"-Feld angekreuzt wird und keine weitere Kennzeichen gemacht werden dürfen, da sonst der Stimmzettel ungültig ist.

Abdruck des Plakats für die Standartenträger vor den Abstimmungslokalen. Größe: 60 × 92 cm. Zweifarbendruck.

Falls in den Bezirken und Zellengruppen keine solchen Plakate vorhanden sind, können sie noch unentgeltlich bezogen werden vom Kk., Rosenthalerstr. 38, Zimmer 28.

Abstimmungszeit Sonntag von 8–5

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

An die Gesamtparteimitgliedschaft

Morgen vormittag um 7 Uhr müssen sich alle Parteimitglieder in ihren Agitationslokalen einfinden, um die noch vorzunehmende Einteilungsarbeit zu erledigen. Die Zellengruppenleiter sind für die Besetzung der einzelnen Wahllokale verantwortlich. Die Plakate, die vor den Wahllokalen ausgestellt werden, müssen von den Zellengruppen stadtgebietsweise abgeholt werden.

Dieselben sind abzuholen:

Zellengruppe 1, 2, 3, 4 bei Freundlieb, „Loeits Hof".
Zellengruppe 11, 12, 13 im „Fröhlichen Zecher".
Zellengruppe 14, 15 in der „Goldenen Kette".
Zellengruppe 8, 9, 10, 5 im Restaurant Lohse, Dessauer Straße.
Zellengruppe 16, 17, 18 im „Volkspark".

Die Wahlresultate sind sofort durch Kurier nach dem Parteibureau zu bringen oder telephonisch anzugeben.

An alle Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes und der Roten Jungfront des Unterganes Halle-Saalkreis!

Kameraden! Nur noch wenige Stunden trennen uns vom 20. Juni, dem Tage, an dem die deutsche arbeitende Bevölkerung beweisen muß, ob sie gewillt ist, den Hohenzollern und allen anderen Potentaten Milliarden nachzuwerfen oder aber, bereit ist, in der kämpfenden roten Front gemeinsam gegen Fürsten und Fürstenknechte zu stehen.

Was wir während unserer Propaganda auf dem flachen Lande in den vergangenen Tagen schon beobachten konnten, zeigt sich auch in Halle und seiner Umgebung mit aller Deutlichkeit. Die Fürstenknechte im Stahlhelm, Wehrwolf und sonstigen sogenannten Frontsoldaten-Organisationen zusammengefaßt, versuchen, mit allen Mitteln den Sieg des Volksentscheides zu verhindern. Zahlreich sind die Drohungen, die die Arbeiterklasse von jenen nationalistischen Banden hören muß. Der Stahlhelm Eisleben gibt bekannt, daß Listenführer in jedem Wahllokal die zur Wahl Gehenden notieren sollen. Aus dem Mansfelder Kreise und verschiedenen Teilen des Saalkreises kommt die Kunde, daß die „vaterländischen Verbände" am Sonntag es jedem Arbeiter und Kleinbauern unmöglich machen wollen, seine Stimme abzugeben. Die Vorgänge am gestrigen Abend in Halle zeigen, welche Mittel von dieser Seite im Kampf für die Fürsten angewandt werden. Feige und hinterlistig wie ihre Auftraggeber, werden sie sich nur dort hervorwagen, wo zahlenmäßig schwächere Gruppen stehen.

Kameraden! Angesichts dieser Terrormaßnahmen der faschistischen Organisationen ist es unsere Pflicht, wachsam zu sein und alle Störungsversuche schon von vornherein zu verhindern. Wir roten Frontkämpfer, die wir gemeinsam mit allen proletarischen Organisationen die Vorbereitungen zum Volksentscheid durchführten, müssen am Wahltage beweisen, daß wir auch stark genug sind, alle Provokationen der Fürstenfreunde zurückzuweisen.

Gemäß der Anweisung der Bundesleitung legen wir für Sonntag, den 20. Juni

einen Generalappell

fest. Antreten der Ortsgruppe Halle und aller Ortsgruppen des Saalkreises vormittags 7 Uhr auf den bekannten Sammelplätzen. Musikkapellen und Spielmannszüge gleichfalls zur Stelle.

Alle Mitglieder, auch solche, die mit Funktionen als Wahlbeisitzer, Agitationsleiter oder ähnlichem beauftragt sind, haben zu erscheinen. Die Mitgliedsbücher und die Ausweiskarten sind zum Antreten mitzubringen. Vom Antreten befreit sind nur durch Schicht und Krankheit verhinderte Kameraden. Jeder andere hat beim Antreten unbedingt da zu sein.

In Halle stellen die Abteilungsführer, in den ländlichen Gruppen die Ortsgruppenführer namentlich die Anwesenheit fest. Danach sind die Mitgliedsbücher zusammenzunehmen. Diese werden von dem von der Untergauleitung bestimmten Kameraden geprüft und mit dem Vermerk „Beim Volksentscheid gearbeitet" versehen. Rückgabe der Mitgliedsbücher, entsprechend den örtlichen Verhältnissen, abends nach Schluß der Wahl.

Gemäß eines Beschlusses, den alle Abteilungs- und Ortsgruppenführer faßten, scheidet jeder Kamerad, der ohne Entschuldigung von der Arbeit am 20. Juni fernbleibt, aus dem Roten Frontkämpfer-Bund aus.

Die Untergauleitung wird diesen Beschluß konsequent zur Durchführung bringen, da es nicht angeht, daß an diesem Tage auch nur ein Kamerad unnötig der Organisation und der Arbeit fernbleibt.

Kameraden! Wir erwarten, daß jeder Einzelne die festgelegten Maßnahmen als notwendig anerkennt und seine Pflicht tut. 20 Millionen Wähler müssen am Sonntag an die Wahlurne gebracht werden. Eine Kleinarbeit, die nur dann der Erfolg winkt, wenn jeder Einzelne den Platz, der ihm zugewiesen wurde, ganz ausfüllt. Deshalb soll diesen Alarmaufruf jeder Einzelne von uns beachten.

Heran an die Arbeit!
Her mit dem Sieg der kämpfenden roten Front!

Untergauleitung Halle-Merseburg des RFB.
J. A.: Hortmann

Anfrage an das Polizeipräsidium

In den Tagen, in denen die erste Propaganda für den Volksentscheid einsetzte — es mögen ungefähr drei Wochen her sein — wurden Mitglieder der SPD., KPD., des Reichsbanners, des Roten Frontkämpfer-Bundes, sowie Vertreter des „Klassenkampf" und „Volksblatt" auf das Polizeipräsidium gebeten, zwecks Aussprache über die Durchführung der Propaganda. In diesem Gespräch, das von Regierungsrat Knöfel geleitet wurde, kam von diesem hauptsächlich zum Ausdruck, **daß der Polizeipräsident alles daransetzen werde, um jeden Wahlterror zu verhindern und alles aufzubieten, damit die Propaganda für den Volksentscheid in keiner Weise gestört werde.**

Wir fragen hiermit Herrn Regierungsrat Knöfel, ob die Art, wie die Schupo gestern aufgetreten ist, indem sie die bewaffneten Stahlhelmer unbehelligt ließ, dafür aber gegen die ruhigen Arbeiter vorging, in der Linie liegt, wie er sich den Schutz der Propaganda vorgestellt hat.

Wir fragen, was seitens der Polizei getan werden soll, damit der heutige und morgige Tag nicht denselben Charakter annimmt wie der gestrige.

•

Wie wir soeben erfahren, haben die Stahlhelmer zu heute abend „noch größere Aktionen" wie gestern geplant.

Am Sonntag, dem 20. Juni, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Halle, in sämtlichen Räumen des „Volkspark" ein Konzert mit Wahlresultatverkündung. Alle Genossen und Kameraden sind nach vollendeter Wahlarbeit zu der gemeinsamen Veranstaltung eingeladen.

KPD., Ortsgruppe Halle. RFB., Ortsgruppe Halle.

Der völkische Terror setzt ein — Pflastersteine als letztes Argument
Zwanzig Millionen Stimmen trotz alledem!

Der gestrige Tag stand im Zeichen der Propaganda jener 12½ Millionen, die schon beim Volksbegehren ihren festen Willen für die restlose Enteignung der großenwahnsinnigen Despoten durch ihre Unterschrift zum Ausdruck gebracht haben. Es gilt nicht nur, in öffentlichen Versammlungen für den Volksentscheid zu agitieren, sondern es müssen auch jene nach Abertausenden zählenden Indifferenten, die nicht zu bewegen sind, eine Versammlung zu besuchen, über die Bedeutung des Volksentscheids aufgeklärt werden. Das revolutionäre Proletariat hat gestern diese Propagandaarbeit im großen Maßstabe getan, indem es mit unzähligen Transparenten, Plakaten, bildlichen Darstellungen, Flugblättern, Broschüren und Zeitungen durch alle Stadtteile marschierte und so die gesamte werktätige Bevölkerung nochmals ermahnte, am kommenden Sonntag ihre Pflicht zu tun und für die restlose Enteignung der diebischen Fürsten zu stimmen.

Für die nördlichen Stadtteile sammelten sich in den Spätnachmittagsstunden die Plakatträger auf dem Wettiner Platz. Für den Süden und das Zentrum galt als Sammelplatz die Straße am Weingärten. Kurz vor 7 Uhr abends setzte sich von hier ein langer Propagandazug mit zahlreichen Plakaten durch die Torstraße nach dem Rannischen Platz in Bewegung, und es hätte gar nicht der Spielmannszüge des RFB. bedurft, um die Augen der Passanten und Anwohner auf diesen imposanten Zug zu lenken. Am Rannischen Platz teilte sich der Zug in mehrere Teile, um möglichst keine Straße von der Fürstenenteignungspropaganda unberührt zu lassen. Aber selbst diese geteilten Züge erregten noch immer stärkstes Aufsehen. Ueberall öffneten sich die Fenster und Türen, und die Anwohner der Straßen lasen mit großem Interesse die Inschriften der verschiedenen Plakate. Ungereimtes und Geeimtes hämmerte sich, teilweise von bildlichen Darstellungen verstärkt, in das Gedächtnis der Straßenpassanten. Viele der abseits Stehenden spendeten der gelungenen Demonstration offen Beifall. Besondere Beachtung fand ein kleiner Tafelwagen, auf dem der leibhaftige Ausgeißter saß (Wilhelm war bekanntlich nichts anderes als ein Papiersoldat), der zwischen den Knien einen Geldsack hielt. Ein Gewirr von Stacheldraht erinnerte jeden an die „herrliche" Zeit des Dörrgemüses und der Lebensmittelschlangen, der „ER" uns entgegengeführt hat und wofür „er" jetzt seine Millionen haben will. Auch die Plakate mit dem im bunten Durcheinander prangenden Milliardenscheinen aus der Inflationszeit redeten eine sehr deutliche Sprache.

Als ein Teil des Zuges über den Markt in die Große Ulrichstraße einbiegen wollte, wollte ein eifriger Schupobeamter mit Namen Bonapp dies nicht zulassen. Er berief sich auf die sogenannte Bannmeile, mußte sich aber schließlich von den Führern des Zuges dahingehend belehren lassen, daß diese Bannmeile für einige Tage während des Volksentscheids aufgehoben ist und so wurde der Zug schließlich durchgelassen, nachdem somit durch die Schupo selbst erst eine Weile der Verkehr behindert war. Dieser zog dann wieder die Kleine Ulrichstraße zurück zum Markt und weiter über die Leipziger Straße. In der Kleinen Ulrichstraße fiel die drastische Plakatierung der ersten Etage eines Hauses auf, die in ganz origineller Weise für die Enteignung der Fürsten agitierte. Alle Genossen, deren Wohnung nach vorn liegt, sollten ihre Fenster ähnlich schmücken.

Jene, denen man die patriotische Blödheit schon von weitem ansehen konnte, zeigten beim Betrachten dieses Propagandazuges wenig geistreiche Gesichter. Man merkte ihnen deutlich an, daß es in ihrem Lager an sachlichen und objektiven Gegenargumenten fehlt. In Anbetracht dieser Tatsache ist es denn auch gar nicht zu verwundern, wenn diese Halbkannibalen Duesterberscher Richtung ihren Mangel an Geist durch eine erhöhte Portion Frechheit zu erkennen geben. Ihre Stärke waren immer Tücke, Hinterlist und gemeinste Wegelagerermanieren. Diese armseligen Narren glauben wirklich eine so einheitliche Millionenbewegung durch verbrecherische Gewalttätigkeiten eindämmen zu können. So versuchten sie auch gestern wieder einen Teil des Propagandazuges zu überfallen. Ein Augenzeuge teilt uns hierzu folgendes mit:

Gestern abend ½9 Uhr kamen fünf Lastkraftwagen mit Stahlhelmbanditen die Liebenauer Straße heraufgefahren. Vor dem Hause Nr. 12 wurde von dem einen Auto der Kandelaber einer Gaslaterne umgefahren. Bewohner des Hauses Nr. 172 ließen darüber eine Bemerkung fallen. Darauf sprangen annähernd zehn dieser Banditen, **alle mit Gummiknüppeln bewaffnet,** vom Auto herab und fielen über einen der Hausbewohner, Herrn Hertling, her und bearbeiteten diesen mit allen möglichen Waffen. **Seine Frau, die sich schützend vor ihn hinstellte, wurde ebenfalls niedergeschlagen,** so daß beide bewußtlos ins Haus getragen wurden. Herr Hertling ist ein äußerst ruhiger Mann, der sich politisch überhaupt nicht betätigt. Die Frau hat zwei kleine Kinder, wovon eins noch von ihr gestillt wird. Alle Anwohner der Liebenauer Straße, die Zeugen dieser Bluttaten waren, erklärten, daß sie so etwas von Brutalität überhaupt noch nicht gesehen haben. Als sich einige der Bewohner der nebenliegenden Häuser darüber empörten, wurden sie **mit großen Steinen von dem Autos beworfen.** Erst zehn Minuten nach diesem Vorfall erschien das Ueberfallkommando, das aber nicht, wie verschiedene glaubten, den Stahlhelmautos nachfuhr und dieses Mordgesindel entwaffnete, sondern ruhig fahren ließ. Ja, wären es Rote Frontkämpfer gewesen, diese hätte man alle verhaftet.

•

Ein weiterer Augenzeuge berichtet uns über die Bestialitäten, die von den nationalen Strolchen in der Liebenauer Straße gegen wehrlose Anwohner verübt worden: Ein mit Stahlhelmern besetztes Lastauto feuchte plötzlich den Berg der Straße herauf. Der Wagen konnte aber scheinbar nicht mehr weiter, denn das Auto hielt plötzlich zurück gegen einen Laternenpfahl. Dieses kurze Halten benutzten die Strolche, unter denen sich auch der berüchtigte Steibach befand, um einige Anwohner des Hauses Liebenauer Straße 17 zu bedrohen. Der Drohung folgte auch sofort die Tat. Zuerst sprang einer dieser Lümmels vom Auto und griff einen Hausbewohner an. Als sich seine Frau schützend vor den Mann stellen wollte, versetzte der Strolch dieser einen heftigen Schlag über den Kopf. Das war das Signal für die übrigen nationalen Helden. Im Nu waren weitere 10 bis 12 Mann vom Wagen gesprungen und hieben mit dicken Knüppeln auf den Mann und die Frau ein. Der Mann konnte sich schließlich blutüberströmt in das Haus zurückziehen, während die Frau ohnmächtig zusammenbrach, aber selbst jetzt noch schlugen die Unholde auf die Frau ein. Ebenso schnell wie das Auto gekommen war, war es auch wieder verschwunden. Es fuhr durch die Pfännerhöhe in Richtung Merseburger Straße davon. Wie hundsgemein diese Duesterbergische Meute vorgegangen ist, zeigt der Ausspruch eines Augenzeugen, der selbst der Deutschnationalen Partei angehört, daß es sich bei diesen Stahlhelmern nicht mehr um Menschen, sondern um Bestien im wahrsten Sinne des Wortes handelt. Die niedergeschlagene Frau scheint schwere Verletzungen davongetragen zu haben, denn sie wurde später aus ihrer Wohnung mit dem Krankenwagen abgeholt und in das Krankenhaus überführt.

•

Die Waffen der Stahlhelmer

In welch viehischer Weise die Stahlhelmer gegen die roten Frontkämpfer vorgingen, zeigen ein Anzahl Steine, die wir in unserem Schaufenster der Buchhandlung Lerchenfeldstr. 1 ausgestellt haben. Darunter befindet sich

ein 13 Pfund schwerer Granitstein.

Außerdem wurden Gabeln zum Stechen benutzt, die ebenfalls in der Buchhandlung ausgestellt sind.

•

Folgende Firmen konnten bis jetzt festgestellt werden, die den Stahlhelmern Lastautos zur Verfügung stellten:

Fa. Struthmann, Lackfabrik, Nietleben.

Dieses Auto, das einen gelben Anstrich trug, war, wie man einem Oberwachtmeister der Schupo festgestellt wurde, mit mit Pistolen bewaffneten Stahlhelmern besetzt.

Ferner ein Auto der

Fa. Winzer, Armaturen, Lange Straße.

Von diesem Auto wurde fortgesetzt mit Steinen geworfen.

•

Der Ueberfall in der Langestraße

Unter den von den Stahlhelmern Verwundeten befindet sich auch ein 65jähriger Invalide, der bei dem Umzug ein Transparent getragen hat. Er erhielt einen tiefen Stich in den Arm und in das Bein. Sein Sohn wurde gestern ebenfalls verwundet.

Es haben sich bereits eine Menge Arbeiter und Frauen gemeldet, Hausbewohner der Langestraße, die schilderten den Vorfall genau und erboten sich — obgleich sie teilweise parteilos sind — sich als Zeugen zur Verfügung zu stellen.

•

Wie Grützner „abhilft"

Der Herr Regierungspräsident in Merseburg hat für die Durchführung des Volksentscheids am 20. Juni folgendes angeordnet:

Verbiete Ansammlungen vor Abstimmungslokalen und in Zugängen zum Abstimmungsraum. Uebliche Plakataufstellung zulässig.

Domnitzer Landarbeiter lassen sich deutschnationale Provokationen nicht gefallen!

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei versuchte der ehemalige Landrat vom Kreise Torgau, M. d. R. Dr. Gerecke, die Weisheiten der Deutschnationalen an den Mann zu bringen. Eine Stunde lang bemühte er sich, die sozialdemokratischen Arbeiter gegen die kommunistischen Arbeiter auszuspielen und die sich immer stärker herausbildende Einheitsfront des Proletariats zu sprengen. Obgleich er aus Angst vor den vielen erschienenen Arbeitern Abstand nahm, in der müssen Art und Weise, wie man es in den deutschnationalen Flugblättern liest, gegen den Bolschewismus zu hetzen, sondern sich sehr mäßig ausdrückte, hatten die Landarbeiter, nachdem sie Herrn Gerecke eine Stunde zugehört hatten, die deutschnationalen Lügen satt und verlangten einen Vertreter der Arbeiterschaft zu hören. Der Versammlungsleiter, Gutsbesitzer Rudolf aus Domnitz, wollte das nicht zulassen und so mußten die Arbeiter durch Zwischenrufe erzwingen, daß ihr Referent zum Wort kam. Kurzerhand schloß Herr Rudolf die Versammlung und erklärte, das Lokal sei von ihm gemietet. Nun, nachdem die Versammlung geschlossen war, war auch der Mietvertrag des Herrn Rudolf abgelaufen, und die Arbeiter übernahmen es, eine neue Versammlung abzuhalten. Herr Dr. Gerecke schüttelte über seinen ungeschickten Versammlungsleiter den Kopf und verließ fluchtartig mit dem Pfaffen, dem Dorfschulmeister und drei Großgrundbesitzern den Saal. Darauf nahm ein kommunistischer und ein sozialdemokratischer Redner das Wort. In aller Schärfe rechnete Genosse Baumgärtel mit Herrn Dr. Gerecke ab und zeigte den Weg auf, wie es möglich ist, durch die rote Klassenfront des Proletariats nicht nur den Machtwillen der Fürsten, sondern auch der Großgrundbesitzer zu brechen. Seine Ausführungen fanden den lebhaften Beifall aller Landarbeiter, die trotz der Aufforderung des deutschnationalen Referenten, die Versammlung zu verlassen, restlos im Saale verblieben waren, obwohl einige davon dem Stahlhelm angehören. Der sozialdemokratische Redner unterstrich die Ausführungen des Genossen Baumgärtel und hob hervor, daß **wir aus dem Beispiel der russischen Revolution die Konsequenzen ziehen müßten,** daß auch die deutschen Fürsten restlos zu enteignen sind. Mit dem Liede „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" schloß man die Versammlung. Herr Rudolf, der seinen Leuten gegenüber einer der übelsten Ausbeuter ist, wird in den kommenden Tagen versuchen, auf noch brutalere Art und Weise dieselben zu behandeln. Er schon bezeichnet er sie als faule Lümmels. Gebt also am 20. Juni diesem Herrn die Antwort, indem Ihr Euch für die restlose Enteignung der Fürsten aussprecht. Laßt Euch nicht abhalten durch Drohungen, man würde Euch vom Gute herunterjagen. Ein Landarbeiter in Lemsel gab auf diese Drohung neulich die Antwort:

„Wenn wir zu zwei oder drei vom Rittergut auf die Wahl gehen, dann wird man uns fortjagen, gehen wir aber alle hin, dann muß der Gutsbesitzer uns behalten müssen, weil er nicht in der Lage ist, die Feldarbeiten allein zu verrichten. Landarbeiter! Geht alle restlos zur Wahl.

2000 Ammendorfer Arbeiter demonstrieren!

Die gestrige Demonstration der Arbeiterschaft von Ammendorf übertraf an Größe und Wirkung alle bisherigen. KPD., RFB., Reichsbanner, Sportler, kurz, alle Arbeiterorganisationen folgten dem Rufe des Arbeitsausschusses (Einheitskomitee), gegen die Fürsten aufzumarschieren. Die SPD. hat es noch einmal fertiggebracht, in einer vorangegangenen Mitgliederversammlung die Beteiligung an der gemeinsamen Demonstration abzulehnen. Daß sich etwas Derartiges nicht mehr ereignen darf, dafür müssen in erster Linie die SPD.-Arbeiter sorgen. Der Schillerplatz in Ammendorf war dicht besetzt von den Massen, ebenso der Straßendamm. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses begrüßte die Demonstration und erteilte darauf unserem Genossen Fritz Krob, Halle, das Wort, der in einem halbstündigen Referat die Kernpunkte darlegte, um was es bei der Fürstenenteignung geht. Mehrmals wurde er durch Zustimmungsrufe unterbrochen und der Beifall am Schluß seiner Ausführungen zeigte, daß er aus dem Herzen der Arbeiterschaft gesprochen hat. Erwähnt sei noch, daß erfreulicherweise die Frauen an der Demonstration stark teilgenommen haben. Auch die Schupo war stark vertreten, die hoffentlich aus dieser Kundgebung die Lehre ziehen wird, daß auch sie nur Ausgebeutete sind und sich bei Befreiungskampfe der Arbeiterschaft anschließen müssen. Der Abschließend an die Kundgebung erfolgte ein gewaltiger Fackelzug durch Ammendorf, der sich in Radewell auflöste.

Fahnen heraus! Der ganze Ort, die ganze Stadt [illegible] am Tage des Volksentscheids von roten Fahnen strahlen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0006

Achtung, Ortsgruppenvorsitzende!

Meldung der Wahlresultate

Die Wahlresultate müssen von jeder Ortsgruppe gleich nach Auszählung der Stimmen der Bezirksleitung gemeldet werden. Es kommen dafür folgende Telephonnummern in Frage: 1473, 1045, ... und 2251.

Meldungen werden bis 12 Uhr nachts entgegengenommen. Etwaige Vorkommnisse (schwarzweißroter Terror usw.) sind sofort zu melden, damit Gegenmaßnahmen getroffen werden können.

BL., KPD., Org.-Abtlg.

*

Wir verweisen dabei auf die diesbezügliche Notiz in der Agitprop-Beilage der vorliegenden Nummer und bitten dringend, das dort Gesagte zu beachten. **Redaktion.**

Die Schmierseife der Fürstengetreuen

Ein Wort an die Frauen!

Gehe ich da an einem Zeitungshäuschen vorbei und sehe einen „Fridericus" aushängen, der sich mit dem Volksentscheid zu befassen scheint. Zwar habe ich das Papier noch nie angefaßt, aber — denke ich mir — mußt doch mal sehen, mit was für Schmierseife die Dummen im Lande eingeseift werden. „Bitte, geben Sie mir den „Fridericus", sage ich zu der alten Frau hinter dem Schalter. Verdrossen reicht sie mir ein Blatt. „Kost't 25 Pfennig!" „Was", sage ich, „25 Pfennig? So ein Mistblatt?" „Wat koofen Se's denn, wenn's en Mistblatt is?", knurrt die Alte, sieht aber schon freundlicher aus. „Na, ich möchte doch mal sehen, was die vorhaben, um die Deutschen zum 20. Juni ganz dumm zu machen". „Mich macht keener dumm", ruft die Alte. „Wat? Haben se mir meinen schwerkranken Sohn noch k. v. geschrieben, und ehe er noch raus kam, krieg ich schon die Nachricht, daß er dod is. Derweile ham dem Kaiser seine Söhne in der Etappe und ließen sichs wohl sein mit Wein und jungen Damen; und wir fraßen ze Hause Kohlrüben. Und ich brauchte nun auch nicht Sommers und Winters da draußen zu stehen, könntes auf meine alten Tage bequemer han. Aber mir haben sie das sauer Ersparte bis auf den letzten Pfennig enteignet. Und da soll unsereins dafür stimmen, daß die Bande noch Millionen zukriecht zu die, die se schon mitgenommen haben? Nee, so dumm kann mer keener machen, da kann er schon drucken, was er will .."

Und wir schieden als gute Freunde und ich zog mit dem Fridericus ab. Aber ich muß schon sagen, für 25 Pfennig war die Ausbeute mager.

Zuerst ein bißchen Geschimpfe auf allerhand Leute, denen die Revolution zu nahrhaften Posten und guten Geschäften verholfen hat und die doch reine Waisenknaben waren gegen so manchen Hohenzollern, gegen den geschäftstüchtigen „Altreichskanzler" Bismarck, vor allem aber gegen den weggerufenen Wilhelm.

Dann wird der Aufwertungswahlspeck frisch aufgebraten, der sich doch bei der Hindenburg-Wahl so ausgezeichnet bewährt. „Es war einer der schwersten Tage für Hindenburg, daß er die Vollaufwertung nicht zum Gesetz machen konnte, gegen die Feinde der Freiheit! Ja, wenn die Sozialdemokraten damals ...ch gewollt hätten! Aber sie, beileibe nicht, die Deutschnationalen haben das „Aufwertungstheater" aufgeführt. Doch sie werden noch kommen, die volle Aufwertung. Aber dann werden die Siegermächte Einspruch erheben, da die Aufwertung der Staatsgläubiger eine Bevorzugung darstellt (vor den enteigneten Fürsten ...ch). Prophetisch kräht der Fridericushahn: „Deutschland, das die Fürsten ohne Mitwirkung der Entente beraubt hatte, wurde durch die Entente verhindert, den Raub an den Rentnern, Sparern und Hypothekengläubigern wieder gutzumachen." Dümmer kann man doch kaum argumentieren.

Dann kommen ein paar Histörchen, die beweisen sollen, daß in Deutschland durch den „Raub an den Fürsten" jedes Gefühl für Rechtlichkeit, jede Achtung vor dem Eigentum geschwunden sein soll. Ach, lieber Fridericus! Jetzt erst? und erst durch die Fürstenenteignung? Haben sichs die Herren Offiziere nicht während des Krieges sauer werden lassen, den „gemeinen" Deutschen das Stehlen beizubringen? „Requirieren" nannte man es damals. Man requirierte ganze Villeneinrichtungen, Bilder und Teppiche. Man bestahl die eigenen Truppen: Schinken und Wurst wurden nach Hause geschickt und die Soldaten aßen die borstigen Schwarten in der Suppe. Und der Unterricht im Stehlen, der während des Krieges so eifrig betrieben wurde, heute setzt ihnen die millionenfache Arbeitslosigkeit und Not fort. „Du sollst nicht stehlen!" warnt man den Anschlagsäulen. Wendet Euch damit an die Fürsten, die seit Jahrhunderten ihren Besitz durch Kriegsraub und Meuchelmorder zusammengebracht haben. Wendet Euch an die Kriegsgewinnler, die aus Blut und Leichen Millionen preßten. Wendet Euch an die Großgrundbesitzer, die mit Wucherpreisen sich den Hunger der Frauen und Kinder daheim zu nutze machten. Wendet Euch an die Bank-, Börsen- und Industrie-Gewaltigen und den Staat selber, die während der Inflation die kleinen Sparer, Kriegsanleihezeichner, die Sozialrentner, die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen „enteignet" haben und mit dem Raub Industriekonzerne und gewaltige Zeitungsunternehmungen zur Verdummung der öffentlichen Meinung geschaffen haben, die damit Meuchelmörderbanden besoldeten und Fememörder dingen. „Fürstenenteignung ist Bolschewismus", schreien die Anschlagsäulen und ...n damit die politischen Kinder Deutschlands „vor dem schwarzen Mann" gruselig machen. Ja, gewiß: die Bolschewisten haben enteignet. Sie haben den Großgrundbesitz weggenommen und unter den kleinen Bauern verteilt. Sie haben Fürstenschlösser und Parks ...et und Arbeitersanatorien und Kinderheime daraus gemacht.

Die Bolschewisten, die laßt mir in Ruh,
Die nehmen doch den Reichen das Leder
Und flicken den Armen damit die Schuh.

Aber unsere höchst unbolschewistischen Gewalthaber??

Die stehlen nur den Armen das Leder
Und machten den Reichen Stiefel daraus.

Denn nein, 95 Prozent unseres Volkes, die brauchen den Bolschewismus nicht zu fürchten, die könnten bei ihm nur gewinnen.

Aber leider steht am 20. Juni gar nicht diese Frage zur Entscheidung. Nur die Frage, ob das verarmte deutsche Volk zirka zwanzig Fürstenfamilien weiter auf seine Kosten prassen lassen soll; und ... nur das: ob es ihnen selber die Mittel in die Hand geben soll, mit denen sie die alte „Ordnung", die Ordnung der Monarchien und Militaristen, die Ordnung der Volksverknechtung und Volksverdummung wieder aufrichten können.

Diese Frage steht zur Diskussion. Und die Antwort am 20. Juni kann nur lauten:

„Weg mit den Fürstenfingern von dem Volkseigentum."

Ein zwanzigmillionenfaches Ja für die Fürstenenteignung!

Amtliche Beisitzer, die der KPD. angehören und im Gebiet der Ortsgruppe 16 ihre Tätigkeit ausüben, werden hiermit aufgefordert, am Sonntag, vormittags 7 Uhr, im „Volkspark" zu erscheinen.

Achtung, Steinsetzer und Hilfsarbeiter der Firma May & ...el! Dienstag, den 22. Juni, gleich nach Arbeitsschluß wichtige Sitzung in der „Goldenen Kette". Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Betriebsvertrauensmann.

Die städtische Sparkasse gibt im Anzeigenteil des Blattes verschiedene Zinssätze für Spareinlagen bekannt und weist gleichzeitig darauf hin, **daß die Anmeldungen auf höhere Aufwertung übernommener Sparguthaben bis spätestens 30. Juni 1926 bewirkt sein müssen.**

Volkspark. Der Verband der Maler und Lackierer hat heute ... im großen Saal sein diesjähriges Stiftungsfest. Morgen, Sonntag, veranstaltet das Bandonium-Orchester einen Ball. In den unteren und oberen Sälen ist Konzert und am Abend werden in allen Räumen die Wahlresultate bekanntgegeben. Am Dienstag, den 22. Juni, abends ¾8 Uhr, findet das 7. Sommerkonzert, das **als volkstümlicher Operetten-Abend gedacht ist, statt.**

Imperialisten zu Wasser — Fürstenknechte zu Lande

Mitten in der Propaganda für den Volksentscheid zeht der Geist eines Hallensers um, der es im Betteln ebenso herrlich weit gebracht hat wie Wilhelm, der Holzhacker. Er hat sich schon ein ganzes Schiff zusammengebettelt und heißt Graf Luckner. Es ist interessant, zu beobachten, wie die industriellen reaktionären Kreise in Deutschland, die überall „Nationalisierungen" vornehmen und völkische Terrorgruppen gegen den Volksentscheid organisieren, auf der anderen Seite das Geld zum Fenster hinaus — oder vielmehr ins Wasser werfen. Sie haben einen **„Graf Luckners Weltumsegelungs-**

Die Heldengeneration

Graf Luckner — **Wilhelm von Oels**

Verein" gegründet, zu dessen Mitgliedern die ausgesuchtesten Reaktionäre in Deutschland gehören. Ein Auszug dieser Mitgliederliste liegt uns vor. Danach sind dort vertreten:

Der ehemalige Berliner Oberbürgermeister Böß,
der mecklenburgische Fememinister Freiherr v. Brandenstein,
der schwarzweißrote Herausgeber des „Hamburger Fremdenblatt"
Kurt Broschek,
der Inflationsreichskanzler Cuno,
der Präsident des Deutschen Kolonialvereins Föllmer,
der Direktor der Dresdener Bank Herbert M. Gutmann,
der Präsident des Norddeutschen Lloyd Dr. h. c. phil. Heineken,
der Generaldirektor der Annahütte Nieder-Lausitz Dr. Heubel,
Staatspräsident a. D. Hummel,
Graf v. Kalkreuth, Präsident des **Reichslandbundes,**
Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, Vorsitzender des Vereins deutscher Zeitungsverleger und Paul Baecker, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse,
Bergwerksdirektor Leopold,
Seine Hoheit Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg,
Hüttendirektor Fritz Pühler, Lauchhammer,
Regierungsrat Quaatz,
Generaldirektor Vögler, Dortmund.

Industrie, Banken, Kolonialinteressenten, Fürsten und Femeschützer, und die deutsche Presse, sie sind alle in diesem Verein vertreten, der sich ein sehr eindeutiges Programm gegeben hat. Es heißt nämlich in einem Rundschreiben dieses Luckner-Vereins:

„Der Zweck der Reise ist, in kluger und beherrschter Weise Propaganda für das Deutschtum in der ganzen Welt zu machen, und dazu ist eine Schiffsausstellung geplant, welche mithelfen soll, ihre weitgespannten Pläne der Verwirklichung näherzubringen, die lediglich dem Deutschtum im allgemeinen und der Wirtschaft im besonderen zugute kommen sollen."

Hiermit ist in unzweideutiger Weise bewiesen, daß die Luckner-Weltumsegelung eine Propagandafahrt für den deutschen Kapitalismus ist, der den anderen imperialistischen Staaten beweisen soll, daß auch Deutschland wieder in die Reihe der Kolonialräuberstaaten eingereiht werden will.

Luckner ist nach Meinung der Industrie der richtige Mann. Der hallische Nationalheros, wie ihn die „Allgemeine Zeitung" neulich veröffentlichte, soll die Pläne der Profitiers im Auslande verwirklichen, so wie Stahlhelm, Wehrwolf, Wiking und schwarze Reichswehr im Inlande ihre „Hunnen"befähigung gegen den inneren Feind besonders in den letzten Tagen des Volksentscheids nachweisen.

Aber so wie 1914/18 die Heimkrieger, die nie einen Schützengraben gesehen hatten, die größten Annexionisten und die blutdürstigsten Kriegshetzer waren, ist es auch heute eine gewisse Sorte Stammtischpolitiker, die sich in nationalen Phrasen für ein neues Stahlbad, für die ausgerissenen Fürsten und für Wiedereroberung der Kolonien am lautsprecherischsten einsetzen. Darauf spekulieren die Generaldirektoren und Hüttenbesitzer, die Bank- und Presseleute, und sie lassen wirksames Propagandamaterial für ihre Raubpläne anfertigen. Bieruntersetzer mit der Unterschrift:

werden in den Lokalen aufgelegt, und der bierduselige deutsche Spießer schluckt mit seinem Germanentrank gleichzeitig das Gift der imperialistischen Propaganda.

Zu Lande Fürstenknechte — auf dem Wasser Kolonialräuber: das ist das Gesicht der herrschenden Klasse.

Kommunisten fordern Hilfe für Hochwassergeschädigte

Aus verschiedenen Gebieten unseres Bezirks kommen **Hochwassermeldungen.** Infolge Steigens der Saale ist die Aue überschwemmt. Aus der weiten Wasserfläche ragen nur noch vereinzelte Bäume hervor. Es wird mit weiterem Steigen der Saale gerechnet.

Schlimm steht es in den Kreisen **Delitzsch, Bitterfeld, Torgau** und **Liebenwerda.** In Eilenburg hat das Hochwasser einen Stand erreicht, der dem von 1897 gleichkommt. Muldenaue, Fischeraue und Schloßaue stehen völlig unter Wasser. Soweit das Auge reicht, nichts als Wasser. In Torgau besteht allgemeiner Hochwasseralarm. Die Elbe ist ungeheuer gestiegen. Einzelne Dörfer sind gänzlich vom Wasser umgeben. Der Verkehr erfolgt auf Kähnen. In der Gegend von Ortrand übersteigen die Fluten die Dämme und ergossen sich weit ins Land. Der Schaden ist unübersehbar. Auch Bitterfeld steht im Zeichen des Hochwassers. Die Mulde hat sich in einen großen See verwandelt. Das Wasser ist bereits in die Stadt eingedrungen.

Der kommunistische Hilfsantrag

Die kommunistischen Abgeordneten des Preußischen Landtags haben heute im Landtag folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

In den Provinzen Sachsen, Schlesien, Brandenburg sind in der vergangenen Woche durch langandauernde Regenfälle, Ueberschwemmungen und Dammbrüche große Verheerungen angerichtet worden. Sowohl an Baulichkeiten wie dem Viehstand; insbesondere jedoch auf den Feldern. Die erste Heuernte wurde zum großen Teil fortgeschwemmt, Körner- und Hackfrüchte sind unter Wasser gesetzt, verschlammt, versandet oder von den Fluten weggerissen. Hunderte von Orten sind von der Hochwasserkatastrophe betroffen; Tausenden von Bauern sowie anderen kleinen Leuten ist jede Hoffnung auf eine Ernte geraubt, die ihre Existenz sichern könnte.

Im Gebiet von Mulde, Elbe und Elster, in den preußischen Kreisen nördlich des Freistaates Sachsen sind die Dammüberflutungen, Dammbrüche, Ueberschwemmungen, Verschlammungen wesentlich verursacht worden durch unzureichende Vorkehrungen der Flußaufsichtsbehörden gegen Hochwassergefahren. Die Dämme und Deiche haben sich an vielen Stellen als nicht fest, nicht dicht und nicht hoch genug erwiesen. Dies ist der Fall bei Schwarzer Elster und Pulsnitz. Fest steht auch, daß diesen Wasserläufen durch industrielle Anlagen, insbesondere der Braunkohlengruben am Ostrand des Senftenberger Reviers, riesige Sand- und Schmutzmengen zugeführt wurden, was Verschlammung und Verflachung des Flußbettes zur Folge hatte, wodurch die Ueberschwemmungsgefahr gesteigert wurde und woraus die Versandung und Verschlammung der vom Wasser überfluteten Wiesen und Felder sich ergab. Die geschädigte Bevölkerung ist der Auffassung, daß die Flußaufsichtsbehörden dieser Verschmutzung der öffentlichen Wasserläufe über das zugelassene, aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege erträgliche Maß hinaus nicht oder nicht mit der erforderlichen Energie eingeschritten sind. Die Wasserläufe sollen auch nicht einer ausreichenden Säuberung von Schlamm und Sand unterzogen worden sein, weil man den zur Reinigung bzw. Kostentragung verpflichteten Unternehmern die Kosten ersparen wollte. Man macht infolgedessen der preußischen Regierung den Vorwurf, daß sie mit die Schuld trage an dem großen Umfang und der furchtbaren Wirkung der Ueberschwemmungskatastrophe.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

1. **Das Staatsministerium soll mit größter Beschleunigung eine umfassende Hilfsaktion für die Hochwassergeschädigten durchführen. Die kleinen Leute sind bevorzugt zu unterstützen. Den betroffenen Landkreisen werden zur Behebung der Hochwasserschäden in den öffentlichen Anlagen von Kreisen und Gemeinden ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt. Alle Kosten der Wiederherstellung von Deichen, Dämmen, Brücken, sowie die des Hochwasserschutzes werden auf die Staatskasse übernommen. des Hochwasserschutzes werden auf die Staatskasse übernommen.**
2. **Bei den Wiederherstellungsarbeiten sind in erster Linie erwerbslose Arbeiter zu beschäftigen. Ihnen ist der tarifmäßige Lohn zu zahlen. Die Heranziehung von Erwerbslosen zur Pflichtarbeit, die in einer Reihe von Gemeinden bereits erfolgte, wird untersagt.**
3. **Den kleinen Leuten sind nach Maßgabe des Umfanges ihres Hochwasserschadens Steuerstundung oder Steuererlaß zu gewähren.**
4. **Es ist in einer Untersuchung aufs strengste zu prüfen, ob die Flußaufsichtsbehörden des Ueberschwemmungsgebiets um Elbe und Elster im erforderlichen Umfange für Sauberhaltung der Wasserläufe, für Sicherung der Dämme und Deiche und für rechtzeitige Warnung der Hochwasserbedrohten Sorge getragen haben.**

Kilian. Lademann. Menzel (Halle).

Hast Du alle Bekannte

darüber aufgeklärt, daß sie sich am Volksentscheid beteiligen und das Kreuz in den „Ja"-Kreis zeichnen müssen?

Wenn nicht, so gehe hin! Nütze auch die letzten Stunden noch aus!

Achtung! Arbeitersportler!

Die für heute, am 19. Juni, vorgesehenen Spiele und dergleichen fallen aus.

Geschlossenes Antreten am Sonntag ½7 Uhr früh auf dem Melanchthonplatz zur Demonstration.

Sportgenossen! Das freche Auftreten des Faschismus am gestrigen Abend erfordert größte Aufmerksamkeit. Daher darf am Sonntag keiner fehlen! Alles hat restlos zu erscheinen! Sportgenossen, beherzigt dieses, zeigt, daß Ihr Arbeitersportler seid!

Ebenfalls fällt die für den 20. Juni angesetzte Schiedsrichterprüfung aus. Berichterstatterzentrale. J. A.: Pabst.

Böllberg-Wörmlitz

An die gesamte Arbeiterschaft! Die Kriegervereinler haben gedroht, daß sie dafür sorgen wollten, daß morgen niemand sich auf der Straße sehen lassen darf. Die Bevölkerung von Böllberg-Wörmlitz wird sich dadurch nicht von ihrer Pflicht abhalten lassen. Die klassenbewußte Arbeiterschaft läßt sich durch diese Drohungen nicht einschüchtern und wird für den Schutz der Wähler Sorge zu tragen wissen.

Könnern

Die gesamte Einwohnerschaft wird hiermit zu Sonntag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, nach dem „Bürgergarten" eingeladen, um das Wahlresultat durch Radiolautsprecher entgegenzunehmen.

Rothenburg

Schwere Niederlage der Deutschnationalen. Die Fürstenfreunde hatte am Donnerstag in Rothenburg eine Versammlung einberufen. Eine unbedeutende politische Nummer, ein Herr **Gerhardt, verzapfte eine widersinnige Rede. Dem Genossen Peter war es ein Leichtes, dieses unsinnige Geplauder zu widerlegen.** In seiner einstündigen Rede legte er der Versammlung die Bedeutung des Volksentscheids zum Wohle des gesamten Volkes klar; und der Beifall bewies, daß er 95 Prozent der Versammelten — es waren rund 100 Besucher anwesend — aus dem Herzen gesprochen hatte.

Durch ...n Defekt an der Rotationsmaschine konnte der „Klassenkampf" ...en nicht zur rechten Zeit ausgeliefert werden. Wir bitten, ... verspätete Zustellung zu entschuldigen. Der Verlag.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0007

Rundfunkprogramm vom 20. Juni bis 27. Juni (Sendestelle Leipzig, Welle 452)

Sonntag, den 20. Juni 1926

8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. 9 Uhr: Morgenfeier. 11 bis 12 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: Vortrag: „Fortschritte der Chirurgie." 11.30 bis 12 Uhr: „Das russische Außenhandelsmonopol." 12 bis 1 Uhr: Dresden: Musikalische Stunde. 3.30 Uhr: Funkheinzelmann von Hans Bodenstedt-Hamburg. Uebertragung von Berlin. 4.30 Uhr: Dresden: Bunter Nachmittag. 7 bis 8 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Die Geschäftsmarke." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Rußlands Bodenschätze." Durchgabe der Abstimmungsergebnisse des Volksentscheids. 8.15 Uhr: Zitherkonzert, ausgeführt vom Zitherverein Neu-Rössen. Anschließend (etwa 10 Uhr): Sportfunk. Singers Pferdesportberichte werden nach den Nummern der Union, dem Sporn und Sport de Paris bekanntgegeben.

Montag, den 21. Juni 1926

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung

10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle). Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts. 3 Uhr: Englisch für Anfänger. 3.35 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 4.30 bis 5.15 Uhr und 5.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 7 Uhr: Funkschach: „Die Opposition im Schach." 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): „Plaudereien über interessante technische und exakt-naturwissenschaftliche Neuigkeiten." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): „Vom Angeln." 8.15 Uhr: Dresden. Hörspiele: Zwei Einakter. I. Die Diva. Streich in einem Akt von Fritz Mack. Personen: Bella Rosa, eine Filmdiva (Elisabeth Frank); Emmy, ihre Zofe (Hilde Schwend); Der hübsche Mensch (Franz Schönemann); Der alte Diener (Carl Blumau). Ort der Handlung: Das Boudoir der Filmdiva. Zeit: Gegenwart. II. Der Hellseher. Schwank in einem Akt von Fritz Mack. Personen: Der Herr vom Hause (Carl Blumau); Die Frau vom Hause (Hilde Schwend); Krottenhals (Franz Schönemann); Lina, ein Dienstmädchen (Elisabeth Frank). Ort der Handlung: Im Salon einer Villa in irgendeiner deutschen Großstadt. Zeit: Gegenwart. 9.15 Uhr: Militärkonzert. Dazwischen (etwa 10 Uhr): Presseberichte und Sportfunk.

Dienstag, den 22. Juni 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle), Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts. 3 Uhr: Spanisch für Anfänger. 3.35 Uhr: „Die Lehrkräfte der Verkäuferinnenschule." 4.30 bis 5.15 Uhr und 5.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Die moderne Operette. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Großstädtische Milchversorgung." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Neue Untersuchungen über die Chemie der Erde." 8.15 Uhr: Sinfoniekonzert. Anschließend (etwa 9.45 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. Darauf Funkbrettl.

Mittwoch, den 23. Juni 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle). Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts. 3 Uhr: Englisch für Anfänger. 3.35 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. 4.30 bis 6 Uhr: Dresden: Eichendorff-Nachmittag. 6.30 bis 6.45 Uhr: Morsekursus. 6.45 bis 7 Uhr: Arbeitsbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Johanneskult." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Geschichte des deutschen Dramas und des Theaters." 8.15 Uhr: Weimar: Alt-Wien. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Funkpranger.

Donnerstag, den 24. Juni 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle), Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts. 3 Uhr: Einheitskurzschrift. 3.35 Uhr: „Die Bekämpfung der Jugendverwahrlosung als Volkssache." 4.30 bis 5.15 Uhr und 5.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 6.45 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 6.45 bis 7 Uhr: Steuerrundfunk. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Chile als Salpeterland." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „Wohnungskultur." 8.15 Uhr: Szenen aus Goethes Faust für Solostimmen, Chor und Orchester von Robert Schumann. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk. Ab 10.30 Uhr: Funkstille.

Freitag, den 25. Juni 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle), Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts. 3 Uhr: Spanisch für Anfänger. 3.35 Uhr: „Zusammenfassung. Lektion." 4.30 bis 5.15 Uhr und 5.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Von Hochstablern und Hochstablerinnen." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: Stilentwicklung in der modernen Porzellankunst." Dresden. 8.15 Uhr: Vortrag: „Die musikalische Bedeutung Franz Lehars." 8.30 Uhr: Franz-Lehar-Abend. (25 Jahre Lehar-Operette [1901 bis 1926].) Dieses Programm wird auf den Sender Königswusterhausen, Welle 1300, übertragen. Dazwischen (etwa 9.45 Uhr): Pressebericht und Sportfunk.

Sonnabend, den 26. Juni 1926

10.05 Uhr: Verkehrsfunk und Wetterdienst. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto) der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3 bis 4 Uhr: Drahtübertragung aus Berlin (Deutsche Welle), Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts. 3 Uhr: Einheitskurzschrift: 3.35 Uhr: „Wie wird die Hausfrau den Forderungen nach einer zeitgemäßen und billigen Lebensweise gerecht?" 4.30 bis 5.15 Uhr und 5.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. 6.30 bis 6.45 Uhr: Funkbastelstunde. 6.45 bis 7 Uhr: Wie bleiben wir gesund? 7 bis 7.30 Uhr: Vorlesung aus englischer Prosadichtung: „Elsie and the Child and other Stories by Arnold Bennet" (Tauchnitz Edition vol. 4663). 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag: „25 Jahre Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine." 8.15 Uhr: Volkstümlicher Opern-Abend. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk.

Sonntag, den 27. Juni 1926

8.30 bis 9 Uhr: Orgelkonzert aus der Leipziger Universitätskirche. 11 bis 12 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 11 bis 11.30 Uhr: Vortrag: „Die Verlängerung des menschlichen Lebens." 11.30 bis 12 Uhr: Vortrag: „Industrie und Landwirtschaft im neuen Rußland." 12 bis 1 Uhr: Weimar: Musikalische Stunde. 3.30 Uhr: Funkheinzelmann von Hans Bodenstedt-Hamburg. Uebertragung von Berlin. 7 bis 8 Uhr: Hans-Bredow-Schule. 7 bis 7.30 Uhr: Vortrag: „Amerikanische Reklame." 7.30 bis 8 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): Venezianische Kunst und Kultur: „Giorgione." 8.15 bis 9.15 Uhr: Liederabend. 9.30 bis 12 Uhr: Tanzmusik. Dazwischen (etwa 10 Uhr): Sportfunk.

Steinmetz-Kraft-Brot

ist ein an Reinheit und Nährkraft unerreichbares Vollkornbrot von vorzüglichem Geschmack. Das Getreide wird zuerst in fließendem Wasser gewaschen, durch die Enthülsung wird es von der schmutzigen und nährlosen Hülsenkleie befreit und dann erst vermahlen. — D. R.-Patent. — Name geschützt.

Vertrieb: Steinmetz-Patent-Müllerei, G.m.b.H., Berlin

Kostproben auf der Bäckerei-Fachausstellung. Stand Nr. 9

Rakete

Die glänzende Tanzsportkapelle
The Riccardy-Band

Steppdecken

für jedermann mit gute Füllungen und Satins

Mark 15,— 18,— 19,— 25,—

Ueberschlaglaken mit feiner Stickerei Mk. 19,— 25,50

Kissenbezüge . . Mk. 3,— 13,75

Bettenhaus

Bruno Paris

Kl. Ulrichstraße 2. Eing. Kanzleigasse
— — 2 Minuten vom Markt — —

Zwei Linden, Wittenberg

Königsplatz 12

Sonntag, den 20. Juni 1926

Der gemütliche Ball

Der gute Kaffee u. Kuchen

Anfang 4 Uhr nachm. Der Wirt

Konsum- u. Produktivverein zu Zeitz, eGmbH.

Am 30. Juni endet unser Geschäftsjahr. Wir bitten deshalb unsere werten Mitglieder, Ihre kleinen Warenmarken an den ersten Tagen der Woche gegen größere Klebemarken umzutauschen. Die mit den Klebemarken versehenen Markenkarten bitten wir vom 5. Juli ab an den ersten Wochentagen, nicht mehr im Kontor, sondern in den Warenabgabestellen gegen Quittung abzugeben

*1 2 Der Vorstand

Alle Bücher

empfehlen die

Buchhandlungen

Harz 42/44
Lerchenfeldstr. 14

Oeffentliche Mahnung

Die Zahlung der bis zum 15. d. M. fällig gewesenen Grundvermögens- und Hauszinssteuern für Monat Juni 1926 hat nunmehr bis spätestens zum 22. d. M. unter Vorlegung der Steuerbücher an unsere Stadtkasse zu erfolgen.

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung erfolgt Zwangsbeitreibung.

Hohenmölsen, den 16. Juni 1926

*2320 Der Magistrat

Ein Kriegsgewächs

ist meine Firma nicht. Vor 28 Jahren wurde sie unter den kleinsten und schwierigsten Verhältnissen von mir selbst gegründet und auf grundreeller Basis aufgebaut und zu großem Ansehen gebracht. Infolge ihrer vorzüglichen Eigenschaften haben sich meine pat.-amtl. gesch. **Peradura-Oel- und Lackfarben** immer mehr und mehr eingeführt und sind bei Stadt und Land sehr geschätzt und beliebt. Durch zeitgemäße, angepaßte, niedrige Preise erfreuen sich auch meine **Tapeten** lebhafter Nachfrage. Ansehen kostet nichts! Kommen Sie zu mir und Sie werden sicher zufrieden sein

Otto Kramer, Mittelwache 9/10

Peradura-Farben, -Lacke und -Tapeten

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S.
Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Bis zum 20. Juni: Teilnahme an den Arbeiten zum Volksentscheid!

Unterbezirk Halle-Saalkreis

An alle Mitglieder der Kommunistischen Jugend, Ortsgruppe Halle! Genossen! Sonntag ist die letzte Möglichkeit, den Volksentscheid zum Siege zu verhelfen. Tut alle Eure Pflicht. Erscheint Sonntag ½9 Uhr früh in der Produktiv-Genossenschaft. Jeder muß mithelfen, um den Sieg zu erringen.

Ortsvorstand des KJVD.

Sonnabend 6 Uhr am Hallmarkt Treffen aller Mitglieder zur Teilnahme an dem Meeting der Partei. Jeder muß unbedingt und pünktlich erscheinen. Fackeln sind daselbst zu haben.

Sonntag abend ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft Unterhaltungsabend. Verkündigung der Resultate vom Volksentscheid. **Musikspieler müssen alle erscheinen.**

Montag von 7 bis 10 Uhr Musikgruppe im Heim Musikübungsstunde.

Ammendorf. Sonntag, den 20. Juni, vormittags 8 Uhr, muß alles an den bekannten Wahllokalen sein.

Die Ortsgruppen Mödelwitz, Seeben, Dölau und Schkeuditz müssen sofort ihre Mai-Berichtbogen an die Bezirksleitung einsenden!

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Sonntag, den 20. Juni, früh 8 Uhr, trifft sich die Ortsgruppe an der Buchhandlung zur Teilnahme an der Arbeit zum Volksentscheid.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Sonnabend, den 19. Juni, beteiligen sich alle Jugendgenossen an der Demonstration.

Delitzsch. Donnerstag, den 24. Juni, Treffen der Ortsgruppen Delitzsch, Zschortau und Schladitz im Gasthof Sonntag, Zschortau. Instrumente mitbringen.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Sonnabend, den 19. Juni, Beteiligung am Propagandaumzug.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Sonntag, den 20. Juni, früh ½8 Uhr, Treffen zur Arbeit zum Volksentscheid. Genossen, es geht um den Sieg des arbeitenden Volkes. Erscheint restlos.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Sonnabend, den 19. Juni, abends 6 Uhr, am Jugendheim zur Sonnenwendfeier Antreten.

Zeitz. Sonntag, den 20. Juni, Arbeit zum Volksentscheid.

Zeitz. Von jetzt an werden die Beiträge in den Gruppenabenden abgeliefert. In Zukunft beginnen unsere Veranstaltungen um ½8 Uhr. Alle Mitglieder müssen sich hiernach richten.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg

Pioniere, spart für Eure Ferienwanderungen. Einzahlungen beim Leiter.

Sonnabend nachmittag ½3 Uhr große Funktionärsitzung in der Produktiv-Genossenschaft. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Ammendorf. Sonntag Beteiligung am Volksentscheid. Vormittags 8 Uhr Treffen im Heim.

Zeitz. Sonnabend Beteiligung an der Demonstration und Sonnenwendfeier der Freidenker.

Zeitz. Unsere Gruppenabende finden jeden Dienstag und Freitag statt.

RFB. Zeitz RFB.

Sonntag, den 20. Juni,
im „Schützenhaus":

Wahl-Konzert

Anfang 7 Uhr Eintritt 30 Pf.

Die gesamte werktätige Bevölkerung ist herzlichst eingeladen

743 Der Vorstand

Billige böhmische Bettfedern!

1 Kilo graue, geschlissene Mk. 3, halbweiße Mk. 4 weiße Mk. 5, bess. Mk. 6 u. 7, daunenweiche Mk. 8 u. 10, beste Sorte Mk. 12 u. 14. Versand portofrei, zollfrei, gegen Nachnahme von meiner deutschländischen Versandstelle aus. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet, daher kein Risiko. **Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 55** b. Pils., Böhm.

Bekanntmachung

Volksentscheid am 20. Juni 1926

Abstimmungsraum des IV. Stimmbezirks: Gasthof zur goldenen Kugel, Grünstr. 2 (statt Fürst Bismarck)

Abstimmungsraum d. VII. Stimmbezirks: Turnhalle Bitterfelder Straße (statt Schützenhaus) **Magistrat Delitzsch**

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlg.

Zum Volksentscheid
Den Knüppel zur Hand!

Soeben erschienen:

Der Knüppel Nr. 6

Das radikale politische Witzblatt in der neuen Aufmachung

16 seitig, 3 farbig, Preis 25 Pf.

Aus dem reichen Inhalt:
Sammeln zum Volksentscheid
Kurzer Arm — lange Finger
Wollt Ihr immer die Dummen sein? / Flaggenstreit — Regierungsbildung / Rummelsburg — Streikbrecher u. a. m.

Zu haben bei allen Kolporteuren, Literaturstellen, Buchhandlungen oder direkt durch die

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten
Berlin SW 61, Planufer 17

Vierteljahresabonnement (3 Nummern) 60 Pfennig. Nur durch die Postanstalten ab 15. Juni

Bekanntmachung

In Anpassung an die allgemeine Ermäßigung der Zinssätze für Spar- und Depositengelder werden die Jahreszinsen für Spareinlagen mit Wirkung vom 20. Juni 1926 an, jederzeit widerruflich, wie folgt festgesetzt:

a) für täglich abrufbare Einlagen . . . $4\frac{1}{2}$ %

b) für Einlagen auf wenigstens 1 Monat fest $5\frac{1}{2}$ %

c) für Einlagen auf wenigstens 3 Monate fest $6\frac{1}{2}$ %

Gleichzeitig verweisen wir auf unsere öffentliche Bekanntmachung in den hiesigen Tageszeitungen vom 29. April 1926, nach der **höhere** Aufwertungsansprüche für die von einer **anderen** Sparkasse uns **überwiesenen** Guthaben **bis spätestens zum 30. Juni 1926** bei unserer Sparkasse **angemeldet** werden müssen und die **vor** dem 9. März 1926 bewirkten Anmeldungen dieser Art unwirksam sind, während im übrigen die Aufwertung der Sparguthaben von Amts wegen und ohne Anmeldung geschieht

Halle, den 17. Juni 1926 2319

**Der Vorstand
der Sparkasse der Stadt Halle**

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1947, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0008

Aus den Betrieben

Der Dank des Vaterlandes

(Von einem Kriegsbeschädigten)

„Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß!" Wem ist er gewiß? Den Kriegsbeschädigten? Den Witwen und Waisen? Den Inflationsopfern und Greisen und Kranken? Den durch die Entbehrungen des Krieges und der Nachkriegszeit unterernährten oder schon krank auf die Welt gekommenen Kindern? Nein, keinem von allen diesen! Hunderte von Beispielen konnten wir in den letzten Jahren hören, wie der Dank des Vaterlandes beschaffen ist; an allen Ecken und Enden trafen wir auf zerlumpte, verhungernde Kriegsopfer, nur noch halblebendige, wandelnde …nien auf den Dank des Vaterlandes.

Aber wir haben Gerichte, die für das Wohl und Wehe der gesetzlich versorgten Opfer einzutreten haben. Es will uns scheinen, daß sie mehr für das Weh als für das Wohl sorgen. Da ist zum Beispiel das höchste Gericht in Deutschland, dem auch der …seitig geliebte Herr Riedner in nicht ganz einflußloser Stelle angehört. Das Riedner-Gericht ist meistens mit Kommunistenprozessen beschäftigt, um ein paar jahrelang Arbeitslose hinter Zuchthausmauern wenigstens vor dem Schlimmsten, vor dem Verhungern, zu retten. Dieses Gericht hat sich ab und zu auch noch mit anderen Dingen zu beschäftigen. So lag ihm kürzlich eine „rein wirtschaftliche" Frage vor, die den Zwang zur Beschäftigung schwerkriegsbeschädigter Erwerbsloser in Industriebetrieben betraf. Das Gesetz, das kurz nach der November-Revolution noch unter dem Druck der Massen entstand, sieht vor, daß jeder Betrieb auf je zwanzig einen Schwerkriegsbeschädigten voll zu bezahlen hat, ganz gleich, ob dieser volle Leistung schafft oder nicht. Sind insgesamt zwanzig Arbeiter beschäftigt, so muß ein Schwerbeschädigter eingestellt werden, auch wenn eigentlich keine Beschäftigung für ihn vorliegt. Das Reichsgericht hat in mehreren Entscheidungen 1919 bis 1922 die Gültigkeit dieses Gesetzes durch hohe Geldstrafen für Unterlassungen bestätigt. Es widerspricht heute seinen eigenen Entscheidungen. **Es hebt die Gültigkeit des durchaus eindeutigen Gesetzes eigenmächtig auf!!**

Hören wir den Gedankengang seiner Urteilsbegründung: Nicht die Wirtschaft, sondern der Staat hat den Krieg verloren. Trotzdem hat die Wirtschaft schon den größten Teil der entstandenen Lasten übernehmen müssen (den sie, was das Reichsgericht nicht sagen zu müssen glaubt, auf die Schultern ihrer Arbeiter abwälzt). Es ist daher keineswegs in der Ordnung, daß einzelne Schichten für alle entstehenden Lasten aufzukommen haben. In der Frage der Beschäftigung der Schwerbeschädigten überträgt man auch diese Belastung dem „produzierenden Teil der deutschen Bevölkerung", womit die Industrie gemeint ist. Endlich aber soll einmal „der Staat" hier eingreifen, um seine Pflicht zu erfüllen.

Das heißt auf deutsch, daß die Schwerkriegsbeschädigten überhaupt keinen gesetzlichen Schutz mehr genießen, daß sie auf ihre paar Rentenpfennige angewiesen sind, die einen Bruchteil dessen ausmachen, was beispielsweise ein dreißigjähriger Oberleutnant unverwundet an Pension bezieht. „Der Staat" wird nicht eingreifen, weil er viel zu sehr mit dem Schutz des wilhelminischen Vermögens beschäftigt ist. Was gelten ihm die paar Schwerkriegsbeschädigten, die zu nichts mehr nütze sind, wenn es gilt, die Steuergroschen des werktätigen Volkes den davongelaufenen Fürsten, die sich in jahrhundertelanger Gaunerei den Dank des Vaterlandes verdient haben, zu sichern?! Der Dank des Vaterlandes ist eine eigene Sache; es kommt nur auf den Standpunkt an, von dem aus man ihn betrachtet. Und da muß schon gesagt werden, daß die proletarischen Schwerkriegsbeschädigten, die das Hungern gewohnt sind, gern verzichten sollten zugunsten ihres obersten Kriegsherrn, der mit seinen paar Bettelmillionen, die er sich über die Grenze gerettet hat oder die ihm die sozialdemokratischen und auch bürgerlichen Regierungsvertreter nachgeschickt haben, unmöglich sein kärgliches Leben fristen kann. Wer nicht auf diesem Standpunkt steht, muß am 20. Juni unbedingt gegen den Fürstenraub stimmen. Er demonstriert damit gleichzeitig gegen alles, was faul ist im Staate Deutschland: gegen Hindenburg und Braun-Severing, gegen Reaktion und Industrietyrannei, gegen Zuchthaus-Riedner und seine und seiner Freunde Auffassung vom „Dank des Vaterlandes".

Haltet fest am Achtstundentag!

Vertragsbruch eines hallischen Bauunternehmers

Von der Baugewerkschaft Zeitz wird uns geschrieben: Auf der Grube Groitzschen bei Zeitz führt die Firma H. Meise, Inhaber Otto Meise, in Halle, größere Bauarbeiten aus. Diese Firma verlangt von den Bauarbeitern täglich zehnstündige Arbeitszeit und macht jede Einstellung davon abhängig, daß sich die zur Arbeitsannahme meldenden Bauarbeiter bereit erklären, zehn Stunden täglich zu arbeiten. Als zwei Vertreter der Baugewerkschaft Zeitz bei dem Vertreter dieser Firma, der sich „Geschäftsführer" nannte, vorsprachen und darauf hinwiesen, daß für das Baugewerbe doch laut einer Vereinbarung zwischen den in Frage kommenden Organisationen die Frage der Arbeitszeit geregelt sei, wurde dieser Mann völlig unnötigerweise sehr erregt und erklärte, daß es unter allen Umständen bei der täglich zehnstündigen Arbeitszeit verbleiben müsse, da dies von der Grubenverwaltung gefordert würde. Daraufhin wurde diesem „Herrn" mitgeteilt, daß die an der Baustelle beschäftigten Arbeiter vom Freitag, dem 4. d. M. täglich nur die tarifliche Zeit zu arbeiten beschlossen hätten und es ihm überlassen bliebe, zu tun, was er wolle.

Jetzt drohte dieser Mensch mit Verbieten der Baustelle und Heranschaffung von hallischen Arbeitern, im Falle er gezwungen sei, sämtliche hiesigen Bauarbeiter wegen Verweigerung der zehnstündigen Arbeitszeit zu entlassen.

Damit ist seitens der Firma Meise offen der Konflikt eröffnet worden. Daß es keinem hallischen Kollegen einfallen darf, im Zeitzer Lohngebiet die achtstündige tägliche Arbeitszeit zu durchbrechen, ist Voraussetzung für den Erfolg des uns in so unsinniger Weise aufgezwungenen Kampfes. Deshalb richten wir von dieser Stelle aus den dringenden Appell an alle hallischen Bauarbeiter, jedes Arbeitsangebot nach der Grube Groitzschen abzulehnen. Aber auch an die im Zeitzer Lohngebiet und darüber hinaus ansässigen Kollegen ergeht der Hinweis, daß, wie überall, so auch auf der Grube Groitzschen nur die täglich achtstündige Arbeitszeit für das Baugewerbe in Frage kommt, das dürfte im Interesse der großen Zahl erwerbsloser Bauarbeiter dringend geboten sein.

Faschistischer Terror gegenüber einem Lehrling

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Montag, dem 7. Juni, kam ein Faschistenbengel zu dem Schmiedemeister Rinke nach Lehndorf und verlangte mit dem Lehrjungen Wilhelm Cz. zu sprechen. Vom Meister deswegen befragt, erklärte er, er wolle Wilhelm zur Rechenschaft ziehen, weil dieser die „Internationale" gesungen habe. Der Meister war gleich Feuer und Flamme und rief den Lehrjungen in die Stube. Auf die Frage: „Weißt Du, was Du am Sonntag in Pakisch gesungen hast?" „Jawohl," erklärte der Lehrjunge, so vergeßlich bin ich nicht." Darauf schlug der Faschistenheld im Beisein des Lehrmeisters den Lehrling dermaßen ins Gesicht, **daß derselbe mit blutunterlaufenem Auge und lockeren Zähnen zum Arzt gehen mußte, der ihn ins Krankenhaus befördern ließ.**

Man kann verstehen, daß so ein Stahlhelm-Lump sich an einem wehrlosen Menschen vergreift, diesen Leuten kann eben nur mit den gleichen Waffen entgegengetreten werden. Wie kann sich aber ein Lehrmeister, der doch auch Erzieher des Lehrlings sein soll, dazu hergeben, die Tür zuzuhalten und zuzusehen, wie der Lehrjunge verprügelt wird? Was würde Herr Rinke wohl sagen, wenn man seinem Sohn derart übel mitspielen würde?

Schwarzweißrot bei der Reichseisenbahn

Im Betriebsteil des „Klassenkampf" vom 17. Juni brachten wir unter obiger Ueberschrift die Einsendung eines Korrespondenten, welcher sich u. a. mit der Person des Rottenführers Commischau beschäftigte. Wie wir jetzt feststellen müssen, entsprechen diese Angaben nicht den Tatsachen, sondern ist C. im Jahre 1907 als gelernter Handwerker (Klempner) in den Dienst der Reichseisenbahn getreten.

Nochmals die Katastrophe auf der Grube Alwine

Ein Wort an die Belegschaft des Betriebes

(Arbeiterkorrespondenz)

Es ist an dieser Stelle schon des näheren über die Ursachen der Katastrophe geschrieben worden. Wenn diese Zuschrift sich besonders an die Belegschaft der Grube Alwine wendet, so aus dem Grunde, um die Kameraden auf gewisse Lehren aufmerksam zu machen, welche sie aus der Katastrophe zu ziehen haben. Durch den Dammbruch sind Hunderte von Arbeitern brotlos geworden, und es muß jetzt die Frage aufgeworfen werden, inwieweit der Betriebsrat vor dem ihm laut Betriebsrätegesetz zustehenden Rechte zur Verhinderung ungerechtfertigter Entlassungen Gebrauch gemacht hat. Wir müssen feststellen, daß der Betriebsrat nichts getan hat. Im Gegenteil. Der Betriebsratsobmann hat ohne Widerspruch eine Bekanntmachung zum Aushang gebracht, welche die Entlassung der Arbeiter mitteilte. Der Betriebsrat hat des weiteren nichts unternommen, um die Direktion auf die Befolgung der einfachsten Sicherheitsmaßnahmen aufmerksam zu machen, obwohl doch am 22. Mai schon einige Arbeiter des Abends vom Vergnügen weg zur Verstärkung des Dammes geholt wurden.

Warum hat der Betriebsrat nichts unternommen? Weil er ein gelber Betriebsrat ist, d. h. ein Betriebsrat in den Händen der Unternehmer. Die Kollegen müssen endlich erkennen, daß man mit dem Gedanken der Werksgemeinschaft elend Schiffbruch erleiden muß. Nur wenn man sich in Kampfstellung dem Unternehmertum gegenüber begibt, kann man wirksam die eigenen Interessen wahrnehmen. Die Kollegen der Grube Alwine müssen aus dem Verhalten des gelben Betriebsrates die einzig mögliche Schlußfolgerung ziehen, nämlich diesen Betriebsrat durch eine wirkliche Vertretung der Arbeiter zu ersetzen, die sich in ihrem Vorgehen stützen kann auf die in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Bergarbeiter.

Gegen die Auswanderung

Unter der Ueberschrift „Die Unzufriedenen" wendet sich die berüchtigte „Werkszeitung für die Braunkohlenwerke des unteren Geiseltals" gegen die Abwanderung von Bergleuten nach dem Auslande. Auch wir sind der Meinung, daß ein Auswandern dem Bergmann keine Besserstellung in seiner Lebenshaltung bringt. Die Wirtschaftskrise, die Riesenerwerbslosigkeit, die wahren Ursachen der Auswanderung, sind nicht nur auf Mitteldeutschland, auf Deutschland im allgemeinen beschränkt, sondern sind über die ganze kapitalistische Welt verbreitet. D. h. der Bergmann, der auswandert, findet allenthalben die gleichen Bedingungen kapitalistischer Ausbeutung und ist gezwungen, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, welchen er hier ausweichen wollte, in seiner neuen „Heimat" aufnehmen, wenn er nicht elendiglich verrecken will.

Falsch sind natürlich die Gründe, welche die Werkszeitung anführt, um die Bergleute von der Auswanderung abzuhalten. „Alle Schaffensfreudigkeit", wie die Zeitung so schön sagt, wird dem Bergarbeiter nichts nützen, um sein „Glück" zum „Erblühen" zu bringen. Die „technischen Neuerungen zur Arbeitserleichterung", auch Rationalisierung genannt, die so oft „falsch verstanden werden", sind es ja gerade, welche die große Erwerbslosigkeit einerseits und die verschärfte Ausbeutung andererseits bedingen. Recht hat die Werkszeitung nur, wenn sie sagt: „Wäre mehr Vertrauen unter der Menschheit, wäre mehr Glauben vorhanden, dann hätten alle ihr Brot, ihren Wohlstand auf heimischer Erde." — Sehr gut, wenn nämlich die Bergarbeiter mehr Vertrauen, mehr Glauben an ihre Kraft haben, wenn sie sich zusammenschließen und ihre Kraft in der Gewißheit des Sieges gebrauchen, dann werden sie sich auch Zustände schaffen, wo alle Brot haben.

Darum sagen auch wir: „Bleibe in Deutschland, nicht wie es das Organ der Unternehmer will, um Dich weiterhin unterdrücken und ausbeuten zu lassen, sondern um hier in Deutschland den Kampf aufzunehmen, dem Du auch in der übrigen Welt nicht entgehst, den Kampf für bessere Lebensbedingungen, für Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung. **Nicht Fahnenflucht, sondern Kampf bis zum Siege.**

Die Waffe des Betriebsrats

im Kampf gegen die Unternehmerwillkür ist der

„Arbeiterrat"

Wer ständiger Leser des „Arbeiterrats" ist, wird den Angriffen der Unternehmer gewachsen sein.

Die Betriebe zum Volksentscheid

Von **B. Albert**, Betriebsarbeiter

Wer nicht unter einem Thronhimmel geboren wurde und nichts weiter auf der Welt vorfand als seine Glieder, für den ist es eine höchst schlechte Sache für das spätere Leben. Schlecht um so mehr, als für ihn kaum etwas anderes übrig bleibt, als zu arbeiten, damit er sein Leben erhält. Die Arbeiterschaft lernte das schon frühzeitig begreifen. Sie sah schon in der Kindheit, wie die Väter und Mütter, als auch die älteren Geschwister in aller Frühe die Wohnung verließen, um noch verrichteter Arbeit erst gegen Abend heimzukehren. Müde, abgespannt, mit den Sorgenfalten auf der Stirn. Als später die Schule verlassen wurde, um selbst in das eintönige Joch der Arbeit eingespannt zu werden, lernte jeder einzelne selbst kennen, was es heißt, sein „Brot" zu verdienen. Sie hörten schon in ihrer Kindheit von armen und reichen Leuten, ohne daß ihnen die Unterschiedsmerkmale so recht zum Bewußtsein kamen. Nun sie selbst von früh bis spät arbeiten müssen und es trotz aller Arbeit nicht weiter bringen als zur kärglichen Erhaltung ihres nackten Lebens, gibt ihnen dieser Anschauungsunterricht Anlaß genug, um sich damit zu beschäftigen. Anfragen bei den übrigen Arbeitskollegen über ihre Lebenslage ergaben überall das gleiche Resultat: „Wir bringen es zu nichts."

Fürsten kommen nicht als gewöhnliche Sterbliche zur Welt, sondern man spricht da von Prinzen. Damit sich nun Prinzen von den gewöhnlichen Sterblichen unterscheiden, werden sie von den letzteren ferngehalten und auch ferngehalten von der Arbeit, ohne die gewöhnlichen Menschen ein Leben nicht beschieden ist. Der schmutzige Arbeitskittel, der Schweißgeruch, das Dröhnen und stampfende Geräusch der Maschinen, der Gestank der Oele und Gase, ohne die sich Betriebsarbeiter ihr Dasein gar nicht vorstellen können, sind den Fürsten und bleiben den Prinzen fremd. Galauniformen, sechs- und achtspännige Hofkutschen, Festlichkeiten und Tellergeklirr bei überladenen Tafeln und Parfümgeruch füllen den Inhalt ihres Daseins aus. Die Betriebsarbeiter dagegen würgen in staubiger Luft ihren bescheidenen Bissen herunter, während das Heer der Aufseher und Antreiber ständig darüber wacht, daß nicht gegessen, sondern gearbeitet, geschuftet wird. Der unerhörte Luxus, mit dem sich die Fürsten umgeben, verschlingt viele Summen. Darum brauchen die Fürsten Geld und immer wieder Geld. Wenn aber die Arbeiterschaft allen Ernstes daran glauben sollte, daß es den Fürsten bei ihren Forderungen nur um die unbeschränkte Fortführung ihres luxuriösen Lebens zu tun sei, so ist die Rechnung der Fürsten vollkommen falsch gedeutet. Die Fürsten wollen ihre Herrschaft wieder herstellen. Es war doch weit besser, als noch der sagenhaft gewordene Holzhacker von Amerongen reden und schreiben konnte: „Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden, befehlen."

Die Novemberluft des Jahres 1918 wehte die Fürstenkarikaturen hinweg und machte ihrer Herrschaft ein Ende. „Gott sei dank" mochte mancher Arbeiter gedacht haben; jetzt sind wir das verwünschte Pack endlich los. Los sind wir sie, sagte die November-Regierung, sagten Ebert, Scheidemann, Noske mit ihrem Gefolge, aber laßt sie leben, sie werden uns nicht mehr gefährlich. Nichts einfacher als das, sagten die Fürsten und schoben bei Nacht und Nebel einen großen Teil ihrer Habe und schoben juwelen über die Landesgrenze. Macht Euren Dreck allene, sagte August von Sachsen bei seinem Abschied. Er konnte so großmütig sprechen, denn sein Vermögen war in Sicherheit.

Aber der hinterlassene Dreckhaufen der davongelaufenen Fürsten mußte zum größten Teil von den Massen der Arbeiter wieder beseitigt werden. Das geschah durch den Hunger infolge der Inflation, durch die Methoden der Rationalisierung, durch verlängerte Arbeitszeit, Prämien- und Akkordsystem. „Was haben wir nungebessert?" fragen die Arbeiter. „Früher plünderten uns die Fürsten, jetzt plündern uns die Schieber und Profithyänen aus. „Wir haben den Teufel durch Beelzebub vertrieben." Die deutsche Republik und ihre Verfechter werden genau so verhaßt wie die ehemalige Monarchie. Mißtrauen war in die Arbeiterschaft hineingesät worden, weil zwar die Firma, aber nicht das innere Wesen der neuen Staatsform geändert wurde. Die Anhänger der ehemaligen Fürsten verstanden es meisterhaft, dieses Mißtrauen zu schüren, weshalb viele Arbeiter zum Stahlhelm und zu den gelben Organisationen überschwenkten. Aber auch hier kamen sie vom Regen in die Traufe, und der vielen Enttäuschungen überdrüssig, stellten sie sich gänzlich abseits.

Solch eine Atmosphäre kommt den Fürsten sehr gelegen. Das ist der beste Zeitpunkt zur Wiedererrichtung ihrer verkrachten Herrschaft. Wenn sie die geforderten Milliarden, die sie zu ihrem Leben nicht benötigen, erhalten würden, hätten sie Geld genug, um sich Leute anzuwerben, damit mit deren Hilfe ein Staatsstreich ausgeführt und ihre Herrschaft wieder hergestellt wird. Durch Verteilung einer bescheidenen Summe an Bedürftige, Rentner, Notleidende usw. suchen sie Sympathien hervorzurufen. Aber diese Methoden erinnern an die Operationen der Kriegsverletzten, welchen durch Granatsplitter ein Stück von einem Körperteil weggerissen wurde. Der Schaden wurde kuriert, indem die Aerzte von einem anderen Körperteil ein Stück herausschnitten und es an der verwundeten Stelle einflickten. Trotz aller Künste der Flickschusterei blieb aber der Mensch verstümmelt. Eine solche Flickschusterei war die Novemberrevolution in Deutschland, die die Arbeiterschaft in einen Abgrund führte. Der größte Teil der Arbeiterschaft will von diesen Methoden nichts mehr wissen. **Sie wollen ganze Arbeit.**

Das „Wie" muß ihnen kurz und bündig erklärt werden. Versammlungen öden sie an, weil dort nur geredet wird. Lebendige Tat ist es, was sie brauchen. Ob sie auch alle die Fürstenenteignung als eine lebendige Tat anerkennen und richtig verstehen werden? Nach den vielen erlebten Enttäuschungen fällt es ihnen schwer. Sie müssen daher von den ehrlichen Elementen der Betriebsarbeiterschaft begeistert werden. Das begreifen die Arbeiter der SPD. so gut wie die der KPD.

Warum scheitert hier und da das Zustandekommen der Einheitskomitees

Weil noch althergebrachtes Mißtrauen in den Reihen der Arbeiterschaft vorhanden ist. Heraus mit diesem Mißtrauen, wieder feste Fühlung genommen, gemeinsam marschiert an der Spitze der enttäuschten und verwirrt gemachten Massen. Klares Ziel im Auge und sämtliche Fürsten mit ihren Lakeien zum Teufel gejagt.

Die ehrlichen Arbeiter, die noch fest auf die Kraft der Massen in den Betrieben bauen, müssen den Zweiflern immer dicht auf den Fersen bleiben. Es wird noch zuviel miesgemacht, viel zu viel in Person gedacht und gehandelt. Der Gesamtheit aller Unterdrückten und Notleidenden gilt unsere Arbeit. Sehen die Arbeiter, indem sie wieder auf den richtigen Weg geführt werden, auch die bescheidensten Erfolge, dann wird dem das Vertrauen gehören, der sich im Interesse des Ganzen wirklich bemüht hat. Setzen wir unsere ganze Kraft daran, daß es gelingt. Zwanzig Millionen ist das nächste Ziel, um den Raubzug der Fürsten zu verhindern.

Arbeiter in den Betrieben, das ist auch Euer Ziel! Faßt wieder mehr Vertrauen zu Eurer eigenen Kraft, dann wird auch die Fahne des Sieges über Euren Häuptern wehen. Am Tage des 20. Juni, dem Tage des Volksentscheids, aber stimmt geschlossen mit „Ja".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0009

Befreites Land

Wie stimmen die Kleinbauern und Landarbeiter?

Der Landbund hat mit großen Geldmitteln eine verleumderische Hetze über die „Räuber und Diebe" entfesselt, die nicht nur die geheiligten Millionen der abgedankten Fürsten, sondern auch den Besitz der kleinen Bauern enteignen und das Letzte aus der Wohnung des Landarbeiters holen wollten. Die Landarbeiter und Kleinbauern werden durch die Flugblätter der Volksentscheid-Gegner an die Schulzeit erinnert, wo man ihnen das siebente Gebot einbläute: Du sollst nicht stehlen! Man sagte ihnen, daß sie sich sündig machen würden, wenn sie Wilhelm von Amerongen nicht 1600 Mark Tagesrente für sein Ausreißen und der „Kronprinzessin" neben ihren Gütern, Schlössern und Staatsrenten nicht die schönsten Vasen gönnten, die Staatseigentum sind und die Frau Cecilie einmal

Wichtig für jeden Kleinpächter und Siedler

ist die im Verlag „Neues Dorf" (Berlin, Lützowufer 1) herausgegebene Broschüre

„Die neuen Steuergesetze — Das Pachtschutzgesetz, das Aufwertungsgesetz"

Die Broschüre kostet 50 Pf. und behandelt alles das, was der kleine Landwirt über Steuern, Hypothekenaufwertung, Grundschulden, Ablösung öffentlicher Anleihen sowie Pachtschutz wissen muß. Die Broschüre ist bearbeitet von der Rechtsauskunftsstelle des Reichsbundes der Kleinbauern.

wiederzusehen wünschte, um sie dann nicht wieder herauszurücken.

Es sieht bei uns in mancher Gegend noch so aus, als ob der Landbund, der sich lebhaft an der Hetze gegen den Volksentscheid beteiligt und dem berüchtigten Ausschuß gegen den Volksentscheid eingereiht hat, alle Bauern hinter sich habe. Das stimmt nun zwar nicht — so mancher kleine und mittlere Bauer hat es schon erfaßt, daß nicht er, sondern immer nur die Großen den Vorteil haben; aber meist wagen sie es nicht, das offen auszusprechen. Die Stärke des eigenen festen Zusammenschlusses und des Bündnisses mit der Land- und Industriearbeiterschaft haben sie noch nicht kennengelernt.

In anderen Teilen des Reiches, in Thüringen und der Rhön zum Beispiel, oder in Baden und Teilen von Mecklenburg steht es schon etwas anders aus. Da bestehen Kleinbauern- und Pächter-Bünde, die früher auch einmal dem Reichslandbund angehört, aber sich längst selbständig gemacht haben. Diese Verbände sprechen über den Volksentscheid ganz anders als der Landbund. Von ihnen liegt uns ein Flugblatt vor **„An das werktätige Landvolk!"** In diesem Flugblatt wird den Kleinbauern, Siedlern und Pächtern, nachdem sie über die Rechtmäßigkeit des Volksentscheids aufgeklärt worden sind, von ihren eigenen Kollegen u. a. folgendes gesagt:

„Kollegen! Glaubt von Euch jemand wirklich im Ernst, daß es den Arbeitern in den Städten nach unserem Bauernhof gelüstet? Glaubt wirklich jemand, daß die Arbeiter nicht wissen, welche Mühe und Arbeit und bittere Sorgen uns die Erhaltung unseres Hofes macht? Die Arbeiter wissen, wie uns die Arbeit oft über den Kopf wächst, wie uns Steuern, Zinsen und Wucherpreise das Leben zur Qual machen. Aber sie wissen auch, daß die Fürsten auf Kosten des Volkes ein Drohnendasein führen wollten — diesen Schmarotzern am Volkskörper gilt der Kampf! **Ueberführung des geraubten Volksgutes in die Hand des Volkes, in die Hand der Werktätigen in Stadt und Land! Land dem landarmen Bauern, Land dem nachgeborenen Bauernsohn,** damit er sich eine Existenz schaffen kann und nicht zu dem Millionenheer der Arbeiter stoßen muß, die heute ohne Arbeit, ohne Obdach und im Kampf ums tägliche Brot stehen!

.... Du sollst nicht stehlen! .... predigen die Geistlichen. „Beteilige Dich nicht am Raub!" rufen die Berater aller Parteirichtungen, die sich im Reichstag nicht für das Volk entscheiden, sondern für die Fürsten.

Ist es denn ein Raub, wenn man durch Jahrhunderte dem Volke entzogenes Gut dem Volke wieder zuführen will? **Steckt in den Riesensummen, die von den Fürsten als angebliches Privatvermögen gefordert werden, nicht das Blut für Zehntausende deutscher Bauern,** die an die Engländer verkauft wurden zur Niederwerfung der Indianer in Nordamerika? Warum haben die Fürsten denn nicht vor „Raub und Diebstahl" zurückgeschreckt, als sie die kirchlichen Güter am Anfang des 19. Jahrhunderts an sich rissen, zu Zeiten der Säkularisation? — Als sie Ländereien und Güter der geistlichen Fürsten an sich rissen, da hatten sie keine Bedenken. Als sie **diese Güter mit ihren Mätressen verprasten,** als sie hohe Alimente für ihre zahllosen unehelichen Kinder auszahlen ließen — da machten sie sich kein Gewissen.

Und warum stand keiner von denen, die heute von „Raub und Diebstahl" sprechen, auf, als

Millionen von Sparern, Zeichnern von Kriegsanleihe und sonstigen Staatspapieren

durch die Inflation entschädigungslos enteignet wurden? Warum haben diese „treuen Berater" den Schwindel der Aufwertungsgesetzgebung geduldet?

Warum predige nie nicht ihren Spruch: „Du sollst nicht stehlen!", wenn gepfändet und versteigert wird, wenn die Bankiers Wucherzinsen nehmen, wenn die Großindustriellen die Bauernschaft und die kleinen Gewerbetreibenden mit Wucherpreisen ausräubern?

Warum predigen sie nicht ihren Spruch: „Du sollst nicht zusammengestohlenes Gut abjagen will?

Kollegen! Alle Einwände zerfließen in Nichts! Denkt daran, daß es dieselben Ratgeber sind, die heute wiederkommen und Euch von der Abstimmung fernhalten wollen, **die Euch 1914 predigten, daß Ihr alles Gold dem Vaterlande geben müßtet,** die Euch 1914 bis 1918 predigten, daß Ihr Kriegsanleihe zeichnen müßtet; die Ende 1923 den Ruhrkrieg empfahlen, um Euch durch die Inflation schamlos ausplündern zu können!"

Dieses Flugblatt ist unterschrieben: Reichsbund der Kleinbauern, Berlin W 10, Lützow-Ufer 1; Badischer Pächter- und Kleinbauernverband (e. V.), Sitz Freiburg; Bund der Kleinlandwirte von Mecklenburg-Strelitz; Rheinischer Pächter- und Kleinbauernbund (e. V.), Sitz Köln; Bund schaffender Landwirte (e. V.), Reichssekretariat Berlin W 10, Lützow-Ufer 1; Verein zur Förderung des Heimstättenwesen (e. V.), Finsterwalde; Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Flieden (e. V.), sowie von einer Reihe Bauern aus Schlesien.

Mitteldeutsche Kleinbauern und Landarbeiter! Hört auf diese Eure Berufskollegen!

Geht morgen alle zur Wahl und macht das Kreuz i· das Ja-Feld!

Kleinbauern-Verband der Lausitz

Für die **Niederlausitz** hat sich in **Kottbus** eine selbständige Bauernorganisation unter dem Namen **„Niederlausitzer Bauernschaft"** unter Mitwirkung des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe gegründet. Diese Gründung ist auf einen **Massenaustritt aus dem Reichslandbund,** der das Vertrauen weiter Kreise der Bauernschaft verloren hat, zurückzuführen.

Die notleidenden Kleinbauern beginnen zu erkennen, daß sie eine Aenderung ihrer Notlage nur im Kampf Seite an Seite mit der Industriearbeiterschaft herbeiführen können.

Die pommerschen Bauern rufen zum Volksentscheid!

Auf einer **Bauernkonferenz in Neustettin** wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in Neustettin tagende, vom Bund schaffender Landwirte einberufene Bauernkonferenz fordert alle werktätigen Bauern Pommerns wie auch des Reiches auf, gemeinsam mit den Werktätigen in den Städten den Kampf aufzunehmen für den Sieg des Volksentscheids am 20. Juni.

Alle Anstrengungen der Fürstenknechte werden vergebens sein, wenn alle Teilnehmer am Volksbegehren werden für die Durchführung des Endkampfes, für die Fürstenenteignung. Wenn jeder, der sich eingezeichnete beim Volksbegehren, noch einen mitnimmt an die Wahlurne, dann werden es nicht 20, sondern mindestens 25 Millionen sein! Wir Bauern sind stolz darauf, endlich einmal mitarbeiten zu können, ein an der Menschheit begangenes Unrecht wieder gutzumachen. Es geht bei diesem Volksentscheid um Sein und Nichtsein! Es gilt, den raubgierigen Ausreißern und Volksausplünderern das Handwerk zu legen.

Wir fordern von den werktätigen Bauern, den Kampf für den Volksentscheid zu führen unter der Losung:

Das Land dem Volke!

Die Schlösser und Paläste den Alten und Waisen!

Das Geld den Rentnern, den Kriegs- und Inflationsopfern!

Keinen Pfennig den Fürsten!

Alles dem Volke!"

Bayerische Bauern wollen die Kommunisten hören!

Schmählicher Durchfall der Fürstenagitatoren

Am vergangenen Sonntag veranstaltete die **KPD. Südbayern** ungefähr **100 Versammlungen** auf dem Lande, die überall zu glänzenden Demonstrationen gegen die Fürsten wurden. Die Gegenversammlungen der Bayrischen Volkspartei nahmen einen **kläglichen Verlauf.** So mußte in Surrberg Oberst Pfeiffer unter dem Jubel der anwesenden Bauern die Rednertribüne räumen, worauf Genosse Olschewski, stürmisch begrüßt, für die Fürstenenteignung sprach. Aehnlich erging es dem Abgeordneten der Bayrischen Volkspartei Rothmeier in Unterwössen, der vergeblich versuchte, nach einem beifällig aufgenommenen Referat des kommunistischen Redners etwas für die Fürsten zu retten.

Die ungeheure **Not der Kleinbauern** läßt sie den Zusammenschluß der Bauern und Landarbeiter mit der Industriearbeiterschaft der Städte als notwendige Voraussetzung eines siegreichen Kampfes erkennen.

Wilhelm für eine Stunde Nichtstun 208,75 Mark — Ein Landarbeiter für harte Arbeit pro Stunde 9 Pfennige

Der ausgerissene deutsche Kaiser bekommt täglich von der Republik 1670 Mk. für Nichtstun in den Schoß geworfen, damit er in Holland ein Prasser- und Schlemmerleben führen kann. Ein Pferdefütterer auf einem **Gute in Domnitz (Saalkreis)** dagegen bekommt, wenn er täglich früh morgens 1½ Stunde, mittags 1 Stunde und abends 1 Stunde (auch Sonntags) seine Pferde füttert, **für diese 24½ Stunden Arbeit pro Woche ganze 2 Mk.**

Landarbeiter, davon werden Euch auch noch Steuern abgezogen! Diese Steuersumme wird sich vergrößern, wenn die Fürsten ihr Militärbegehrgeschenk erhalten. Wollt Ihr das dulden? Geschlossen müßt Ihr am 20. Juni an die Wahlurne treten und den Fürsten die Antwort erteilen, **daß Ihr es satt habt, Euch ausbeuten und ausplündern zu lassen,** daß Ihr nicht nur kämpfen werdet für die Enteignung des ausgerissenen Fürstengesindels, sondern daß Ihr auch aufnehmen wollt den Kampf gegen die Ausbeutung durch Eure Großgrundbesitzer.

Der Bauer an seinen durchlauchtigen Tyrannen

Diese zornbebende Anklage gegen das fürstliche Raubgesindel stammt von niemand Geringerem als Gottfried August Bürger, einem der gefeiertsten Dichter des aufstrebenden deutschen Bürgertums, einem Zeitgenossen Goethes und Schillers. Bürger kannte, wie auch Schiller und Lessing, die deutschen Fürsten aus eigener Erfahrung.

Wer bist Du, Fürst, daß ohne Scheu
Zerrollen mich Dein Wagenrad,
Zerschlagen darf Dein Roß?

Wer bist Du, Fürst, daß in mein Fleisch
Dein Freund, Dein Jagdhund, ungeläut
Darf klau' und Rachen haun?

Wer bist Du, daß durch Saat und Forst
Das Hurra Deiner Jagd mich treibt,
Entatmet wie das Wild? —

Die Saat, so Deine Jagd zertritt,
Was Roß und Hund und Du verschlingst,
Das Brot, Du Fürst, ist mein!

Du Fürst hast nicht bei Egg' und Pflug,
Hast nicht den Erntetag durchschwitzt.
Nein, mein ist Fleiß und Brot!

Ha? Du wärst Obrigkeit von Gott?
Gott spendet Segen aus; Du raubst!
Du nicht von Gott, Tyrann!

Die Fürsten wollen Milliarden

Landarbeiter, was bekommst Du?

In Lemsel bei Delitzsch bekommt auf dem **Rittergut des Oberst a. D. Scheibe** eine Landarbeiterin pro Woche für eine 60stündige Arbeitszeit den horrenten Lohn von 6,77 Mk. Wir veröffentlichen folgend ihren Lohnzettel:

Nr. . . . Name	
7 Tage Stundenlohn	1,40 Mk.
31½ Stunde Akkord	4,88 Mk.
Rübenhacken	2,03 Mk.
Rübenhacken	0,47 Mk.
Zusammen:	8,78 Mk.
Hiervon ab:	
Vorschuß	— Mk.
Krankenkasse	0,56 Mk.
Invalid.- und Ang.-Versicherung	— Mk.
Steuerabzug	0,45 Mk.
Kaution	1,00 Mk.
	2,01 Mk.
Bleiben	6,77 Mk.

Dazu erhalten die Landarbeiter noch pro Woche 7 Pfund Brot, 1 Pfund Schmalz, 25 Pfund Kartoffeln, ¾ Pfund Mehl und zwei Pfund ungenießbare Grütze. Untergebracht sind die Landarbeiter **in einer Polenkaserne zu 12 Mann in einem Raum,** der eher einem Stall ähnelt. Zu je zwei Mann müssen sie in einem Bett schlafen, ein dumpfer Geruch herrscht in dem feuchten Raum. Der Inspektor des Rittergutes, ein Herr Dietrich (prominenter Stahlhelmmann), erklärte deutschen Arbeitern, als sie sich weigerten, in dieser Kaserne zu hausen und eine eigene Stube verlangten, daß ihnen nichts abginge, wenn sie mit den polnischen Arbeitern zusammen in diesem Schweinestall lebten. Dieser nationale Herr hetzt die polnischen Arbeitskollegen gegen die deutschen Arbeiter auf, einen Arbeiter ließ er z. B. durch die polnischen Arbeiter nachts mit Wasser begießen. Er hoffte, der Arbeiter würde daraufhin das Gut verlassen, und er konnte dann die Kaution, die den Landarbeitern von den Löhnen abgezogen wird, einstreichen. Der Inspektor bietet den Arbeiterinnen Ohrfeigen an und hat ährenlesenden Arbeitern u. a. erklärt, er würde sie über den Haufen reiten.

Das ist die „Liebe zum Volke", von der die Deutschnationalen in ihren Flugblättern faseln. **Den Landarbeitern einen Hungerlohn und Schweineställe zum Wohnen, den Fürsten aber 2½ Milliarden Goldmark und 100 Schlösser.**

Landarbeiter, gebt am 20. Juni diesem Ausbeuterpack die Antwort! **Entscheidet Euch für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten.** Das ist der erste Schritt im Kampfe um die Verbesserung der furchtbaren Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in denen Ihr Euch befindet.

Landarbeiter und Industriearbeiter in einer Front!

Ein Industriearbeiter aus Gerbstedt schreibt uns auf Grund seiner Erfahrungen an den roten Landsonntagen:

Wir Industriearbeiter haben bei der Landagitation sehr viel beobachten und auch sehr viel lernen können. Vielfach haben wir gesehen, daß Ihr Landarbeiter noch schlimmere und auch willenlosere Ausbeutungsobjekte seid als die Industriearbeiterschaft. Als Ihr Anfang 1919 bald reihlos im Deutschen Landarbeiterverband organisiert wart, konnte der Arbeitgeber nicht so mit Euch umspringen, wie er es heute wieder tut. Dadurch, daß Ihr Euch aus dem Landarbeiterverband habt herauslocken lassen, teils durch die Schuld der Verbandsführung selbst, teils durch Feiglichkeiten und Verlockungen des Stahlhelms, seid Ihr eine zersplitterte Masse geworden, ist Eure Kraft gebrochen. Das muß wieder anders werden!

Denkt auch einmal zurück an die Hindenburg-Wahl, wie man Euch da mit Kaffee, Kuchen und Bier einzufangen versucht hat. **Heute versucht man wieder mit allen möglichen Mitteln und mit Lügenberichten, Euch am 20. Juni zu Hause zu halten, daß Ihr nicht Eure Stimme mit abgebt für den Volksentscheid.**

Auf dem Rittergut Schulenburg haben die Arbeiter einen Hammel für das halbe Geld bekommen, um auf diese Weise eingewickelt **zu werden. Durch die erbärmlichen Löhne und die lange Arbeitszeit hat man das, was man Euch hier gibt, längst doppelt und dreifach aus Euch herausgepumpt.**

Euch sagt man immer, **es wäre kein Geld da. Wozu aber Geld da ist, hat Ihr gesehen, als es hieß, Pfingsten zum Stahlhelmtag nach Düsseldorf zu fahren. Erfreulicherweise haben viele** von Euch diesen Rummel abgelehnt, obwohl jedem noch **25 Mk.** extra versprochen wurden. Auch als am vorigen Sonntag der Stahlhelm alarmiert wurde, hat die Landarbeiterschaft nicht daran gedacht, sich gebrauchen zu lassen. Das war recht so! **Die Front zwischen Industrie- und Landarbeiter muß immer fester werden.** Wir bilden vereinigt eine Macht! Am Sonntag gehen wir alle zur Abstimmung und **zeichnen unser Kreuz unter das „Ja".** Alle Landarbeiter und Landarbeiterinnen in Gerbstedt nahmen früh 6½ Uhr an der **Demonstration** teil und werben noch heute in ihren Kreisen, daß alles geschlossen sich an der Demonstration sowie Abstimmung beteiligt.

Lest und verbreitet den Roten Land- und Forstarbeiter

Zu beziehen durch Reichstagsabgeordneten Obendieck, Berlin, Rosenthaler Straße 38.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260619-14/fragment/page=0010